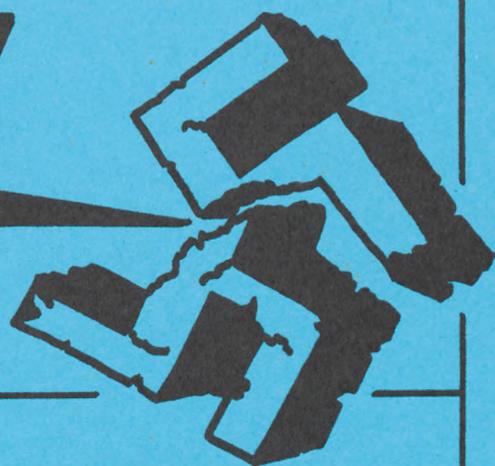


Antifaz

Antifaschistische Zeitung



Verteidigt
die Flüchtlinge



HEFT 30

JULI/AUG

6. JAHRGANG

DM 2,00

In diesem Heft:

Einleitung	S. 3
Bleiberecht für Roma-Verhindert die Abschiebungen Türkei im Mai 1991 und die Lage der Kurden	S. 4
14. Antifa-Konferenz NRW in Aachen	S. 6
Zum Entstehen des Neofaschismus in den neuen Ländern	S.12
Lehren des 22. Juni 1941 sind nicht überholt	S.13
Antifa-Info	S.17
Gifhorn-ein Dorf in Niedersachsen	S.20
Buchbesprechung	S.22
"Die Männer fürs Grobe"	S.24
Antifa-Demo zu Hitlers 102. Geburtstag in Berlin	S.25
Treffen ehemaliger Moorsoldaten in Papenburg	S.26
Impressum	S.27
3. antifaschistische Bochumer Stadtkonferenz	S.28
Hooligans und Nazi-Skins in Herne	S.30
Dresden darf nicht Hauptstadt der Nazis werden	S.33
	S.36

Verkaufsstellen:

Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Checoolala
- Cafe Samowar
- Taranta Babu Buchladen
- Litfaß-Buchladen
- Erpel

Herne

- Sonne
- Kornmühle
- Informationszentrum 3. Welt

Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübelken
- Grünes Büro

Bochum

- "Notstand" im Uni-Antiquariat

ANZEIGE

Straßencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4800 Dortmund 1

Münster

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Frauenstr. 24
- Litfaß
- Themroc

Marl

- Bücherladen

Herten

- Büchereule

Duisburg

- Buchhandlung "Weltbühne"

Marburg

- Buchladen "Roter Stern"

Gladbeck

- Annes Naturkostladen

EINLEITUNG

Auch wenn die **Roma in NRW** noch einmal für weitere **6 Monate** geduldet werden, seit dem **1. Juli 1991** ist aufgrund des Neuen Ausländergesetzes die "Jagd eröffnet" auf "**De facto**"-Flüchtlinge, also Menschen, deren Asylersuchen von diesem Staat abgelehnt wurde, die aber wegen der in ihren Ländern offensichtlich bestehenden Gefahr für Leib und Leben bislang aus "humanitären Gründen" noch hier "geduldet" wurden. Ab dem 1. Juli ist das anders - nun soll in großen Schüben "abgeschoben" werden. Wie gesagt, die Roma "dürfen" noch einmal 6 Monate bleiben - vermutlich befürchtet die Regierung, daß eine Abschiebung **nach Jugoslawien** zum augenblicklichen Zeitpunkt dann doch zuviel Unruhe bei der hiesigen Bevölkerung hervorrufen könnte.

Das trifft jedoch nicht zu für Menschen aus Sri Lanka, Libanon oder aus afrikanischen Ländern - hier soll nach wie vor das "Dulden" vorbei sein.

Denn "das Boot sei voll", wie es **Recklinghäuser Bürgermeister Welt** auf einer Tagung der JungsozialistInnen ausdrückte - eine Sprachregelung, die bisher nur bei den Nazis üblich war.

Die **AntifaZ** berichtet über die **landesweite Demonstration für das Bleibe-recht der Roma** in Köln am 25. Mai, über ein Treffen ehemaliger Moorsoldaten in Papenburg, **Thea A. Struchtemeier** schreibt über die **Delegationsfahrt des "Beobachter Komitee Menschenrechte"** in die Türkei und nach **Kurdistan** sowie über die **Bochumer antifaschistische Stadtkonferenz**.

Tim berichtet über **Hooligans in Herne** und über die **bundesweite Demonstration** in **Gifhorn** gegen den dortigen Skinüberfall, zudem drucken wir einen **Aufruf nordrheinwestfälischer AntifaschistInnen** ab, der zum **50. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion** herausgegeben wurde.

Noch **nicht geschafft** haben wir den **zweiten Teil** unserer Serie über die **FAP**, er folgt in der kommenden Ausgabe.

Auch wollten wir in dieser Ausgabe unsere **Fragebogenaktion** auswerten, da aber nur knapp 20 Bögen zurückkamen, war nicht viel auszuwerten. Zwei Kritiken tauchten aber häufiger auf:

Wir sollen **mehr Theorie-Artikel** schreiben, und:

Wir sollen uns ein **abwechslungsreicheres Out-fit** zulegen.

Ein wenig wollen wir damit in dieser Ausgabe beginnen - na ja, Ihr werdet schon sehen, was Ihr davon habt!

Ob wir uns alle am **17. August in Wunsiedel** treffen, ist ja wohl zur Zeit noch unklar, nachdem der Faschistenaufmarsch erst einmal **verboten** worden ist. Falls die Mobilisierung aber, wie geplant, fortgesetzt wird, hoffen wir, möglichst viele von Euch dort zu sehen,

mit herzlichen "Sommer"grüßen

Eure

AntifaZ-Redaktion

BLEIBERECHT FÜR ROMA VERHINDERT DIE GEPLANTEN ABSCHIEBUNGEN

Über 2000 demonstrierten in Köln gegen die geplanten Massenabschiebungen

Eine landesweite Demonstration von über 2000 Menschen aus Nordrhein-Westfalen, überwiegend Roma, fand am 25. Mai in Köln statt. Hatten sich um 10.30 Uhr, dem offiziellen Beginn der Auftaktkundgebung, erst knapp 200 Leute auf dem Hans-Böckler-Platz eingefunden, so kamen im weiteren Verlauf doch noch größere Gruppen, überwiegend Roma aus ganz NRW, zur Demonstration, so daß gegen 11.00 Uhr mehr als 2000 Menschen losmarschierten. Zu Beginn hatten Fatima Hartmann und andere Roma-Vertreter zu den Versammelten gesprochen.

Der Demonstrationzug folgte dem Deportationsweg, den 1940 in Köln über 1000 Roma gehen mußten, als die Faschisten sie in die KZs verschleppten. Während der Zwischenkundgebung vor der Messehalle in Köln-Deutz wurde folgende Rede gehalten:



Von diesem Kundgebungsort aus, der Kölner Messe, wurden im Mai 1940 1000 Sinti und Roma in das besetzte Polen deportiert. Es war recht willkürlich, was dort mit ihnen geschehen sollte, ob sie in ein Zwangsarbeitskommando, Ghetto oder Konzentrationslager interniert wurden, oder ob sie - auf offener Strecke ausgeladen - unter ständiger Lebensgefahr lebten. Die angestrebte "Lösung der Zigeunerfrage" sah so aus, daß am Ankunftsort dieser ersten plan-

mäßigen Zigeunerdeportation die Lebensbedingungen so bestimmt waren, daß alle mit dem Tod zu rechnen hatten. Nur ein Bruchteil der im Mai 1940 Deportierten hat diese jahrelange Odyssee überlebt.

Die Sinti und Roma wurden von den Nationalsozialisten als erste Bevölkerungsgruppe überhaupt mit einem ungeheuren bürokratischen Aufwand erfaßt, ausgeforscht und vermessen. Sie konnten als sowieso schon durch rassistische Vorurteile ausgegrenzte Minderheit am einfachsten von der übrigen Bevölkerung abgespalten werden. Gleichzeitig betrieben die Nationalsozialisten deren innere Aufspaltung in verschiedene rassistische Kategorien wie "Vollzigeuner" oder "Zigeunermischling", um einen geschlossenen Widerstand im Ansatz unmöglich zu machen. Mit der Verfolgung der Sinti und Roma hatten die Nationalsozialisten die Erfahrungen gesammelt, die bei der Verfolgung anderer Minderheiten verwertet wurden.

Auch heute werden offensichtlich die **Sinti und Roma** wieder als bevölkerungspolitisches Experimentierfeld benutzt.

Vor dem Hintergrund der neuen Flüchtlingspolitik zeichnet sich ab, daß an den Sinti und Roma ausprobiert wird, was

einmal für weitere Flüchtlingsgruppen gelten soll. Daß nämlich die Flüchtlinge gruppenweise in ihre Herkunftsländer deportiert werden sollen, weil ein Fluchtgrund grundsätzlich verneint wird. Wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß ein Politiker sich nicht schämte, offen auszusprechen, daß seiner Meinung nach Folter in der Türkei zu den landesüblichen polizeilichen Ermittlungsmethoden gehöre und daher kein Fluchtgrund sei, wenn wir uns das in Erinnerung rufen, so wird klar, was es bedeutet, wenn es tatsächlich durchgesetzt werden kann, daß die Bundesrepublik für Flüchtling abgeschottet wird.

Es hat im Vorfeld dieser Demonstration viele Diskussionen darüber gegeben, ob das von der Landesregierung beabsichtigte sogenannte Reintegrationsprogramm als "Deportation" bezeichnet werden dürfe. Daß die NRW-Landesregierung die geplante Deportation der Roma nach Skopje kurzerhand als "Reintegrationsprogramm" bezeichnet, verändert den Sachverhalt jedoch nicht im geringsten. Gerade die Kölner Messe, vor der wir hier stehen, entlarvt dieses Spiel mit Begriffen als plumpe Täuschung. Als nämlich im Mai 1940 die Sinti und Roma mitten aus ihrem Leben gerissen wurden, da versprach man ihnen, sie würden alle in Polen Häuschen und Kleinvieh bekommen, man wolle sie lediglich vor den Bombenabwürfen "evakuieren". Auch bei den Nationalsozialisten hieß keine Deportation wirklich "Deportation". Vielmehr war von "Evakuierung", "Umsiedlung" oder ähnlichem die Rede. Wesentlich ist die Qualität dessen, was passiert. Und nichts anderes als eine Zwangsverschleppung bezeichnet dieser Begriff. Der Begriff "Deportation" für diese Planungen kann auch gerade angesichts der Deportation vom Mai 1940 angewandt werden. Diese Deportation zielte in erster Linie auf die Aussonderung aus der sogenannten Volksgemeinschaft ab. Was im einzelnen mit den deportierten Sinti und Roma geschah, war vorerst zweitrangig. Heute jedoch wissen wir, daß der Ort, an den die Roma von der nordrhein-westfälischen Landesregierung geschickt werden sollen, ein Elendghetto ist und für die dort lebenden Menschen die absolute Hoffnungslosigkeit bedeutet. Auch die Landesregierung weiß das. Wer den Begriff

"Deportation" in diesem Zusammenhang ablehnt, verdrängt, wohin Hunger und Elend führen.

Nicht nur die im Deutschen Reich lebenden Sinti und Roma waren der nationalsozialistischen Verfolgung ausgesetzt. So meldete im Jahre 1942 die **deutsche Militärverwaltung aus Serbien**, daß dort die "**Juden- und Zigeunerfrage**" gelöst sei. Die meisten Roma aus Jugoslawien wurden ermordet, ein Teil zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich, u.a. auch in das Rhein-



land, verschleppt. So haben auch einige Roma, die jetzt nach Skopje abgeschoben werden sollen, als Zwangsarbeiter den Reichtum der Bundesrepublik mit begründet. Und heute sollen sie mit der Begründung, sie hätten kein Recht, an diesem Reichtum teilzunehmen, in Hunger und Elend zurückgeschickt werden.(...)

Wenn es den verantwortlichen Politikern nützlich erscheint, so stellen sie sich gerne in eine historische Kontinuität zum Nationalsozialismus. So wurde - nicht nur uneigennützig - während des Golfkrieges die "historische Schuld" gegenüber Israel bemüht. Doch gegenüber Roma und Sinti wird die Schuld von diesen Herren nicht anerkannt.

Als am 21. Mai 1940 die 1000 Sinti und Roma aus der Messe durch das Polizeispalier zum Deportationsgleis Deutz-Tief gehen mußten, gab es etliche Passanten, die stehenblieben und zusahen. Wenn jedoch heute versucht wird, die Roma nach Skopje zu deportieren, darf sich dies nicht wiederholen!

TÜRKEI IM MAI 1991

ZWISCHEN AUSNAHMEZUSTAND UND ANTITERRORGESETZ

Zwischenbericht von der Delegationsfahrt des "Beobachter Komitee Menschenrechte"

Am 27. April d.J. startete - von DIDF veranstaltet (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD, Duisburg) - eine 9köpfige "Crew" in Richtung Türkei und Türkei/Kurdistan. Dieser Delegation gehörten politische Rechtsanwälte aus Bochum und Essen (u.a. Roland Meister), Frauen und Männer aus der NRW-Flüchtlingsarbeit (u.a. Evelyn Meinhard), der Übersetzer Michael Bergediek, die Berichterstatteerin als Journalistin für den Bereich Türkei (und Oliver Tolmein für den Bereich Kurdistan) und Frauen von amnesty international an. Die Delegation gliederte sich in zwei Schwerpunktbereiche: Ein Teil von ihr blieb in Istanbul und Ankara, um dort die Ereignisse des 1. Mai zu beobachten und Erkenntnisse zu den sich wieder häufenden Repressionsmaßnahmen in der Türkei zu gewinnen. Der andere Teil fuhr weiter in den Osten, um sich "vor Ort" über die Situation der Flüchtlinge in den Lagern zu informieren, um danach die Weltöffentlichkeit besser zu unterrichten und zu versuchen, in verstärkter Weise auf die Solidarität mit dem Befreiungskampf der Kurdinnen und Kurden hinzuarbeiten.

Ich selbst blieb in Istanbul, da sich hier für mich, entsprechend meinen Möglichkeiten, mehr Gelegenheiten boten zu arbeiten. Ich sprach mit unabhängigen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Vertretern der Ärztekammer, Mitgliedern der Menschenrechtsvereine, mit unterschiedlichen Zeitschriftenverlegerinnen und -verlegern, mit sozialistischen Frauenpolitikerinnen und in Ankara mit dem Soziologen **Ismail Besikci**, der aufgrund seiner wissenschaftlichen Arbeiten, die versuchen, die Unabhängigkeit der Kurdinnen und Kurden wissenschaftlich nachzuweisen, schon über 10 Jahre in türkischen Gefängnissen verbrachte. Da wir sowohl zwischendurch in Istanbul als auch zum Schluß in Ankara Pressekonferenzen veranstalteten, kann ich auch kurz die Eindrücke unserer Delegation über die Fahrt nach Kurdistan zusammenfassen. Zusätzlich hatte der **IHD**(Menschenrechtsverein) von Istanbul eine Fahrt nach Kurdistan unternommen, dessen Erfahrungen in meine Zusammenfassung miteinfließen wer-

den. An dieser Stelle ist leider nur ein kurzer Ausschnitt der sehr intensiven Auseinandersetzungen, die wir führten, möglich. Vertiefungen - bspw. über die Lage der Gewerkschaften in der Türkei oder Diskussionen über spezifische Frauenthemen mit Frauengruppen - lassen sich demnächst z.B. in der Zeitung "**Direkte Aktion**" nachlesen oder werden auf Veranstaltungen referiert (Frauenveranstaltungen, **nur für Frauen**, bspw. am 4.6., 18h, in der **Heinrich-Heine-Universität in Bochum**, veranstaltet vom Frauen- und Lesbenreferat, und am 14.6., 20h, veranstaltet vom **Frauenbuchladen Amazonas** in Bochum). In Kürze wird von uns zusätzlich eine ausführliche Dokumentation zu diesem Thema vorgelegt werden. Die Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Lage in der Türkei ist von großer Wichtigkeit. Vor dem Hintergrund des Völkermordes an Kurdinnen und Kurden und dem Flüchtlingselend in den Lagern wird vergessen, daß in der (West)Türkei ein Polizeistaat mit

brutalsten Methoden regiert. Streiks, Demonstrationen, Gewerkschaftsarbeit, usf. sind verboten, und wer sich diesen Verboten nicht fügt, wird schlimmsten Folterungen ausgesetzt. In diesem Jahr ist die Zahl der in Untersuchungshaft Ermordeten wieder sprunghaft angestiegen: Bis zum April 1991 sind nach Auskunft des Menschenrechtsvereins IHD schon 12 Menschen in Istanbul zu Tode gefoltert worden, in Ankara wurden 4 ermordete Menschen gemeldet. Foltern gilt in der Türkei immer noch als die "normale" Ermittlungsmethode, die ein hochtechnisiertes "Gesicht" haben kann. Die Ärztekammer kann dagegen nichts ausrichten; ihre Vertreter sagen, daß von den attestierten Verletzungen nicht kausal auf davorliegende Folterungen geschlossen werden kann. Bei einem sogenannten "Fenstersturzunfall" können die Verletzungen auch von dem Sturz resultieren und nicht durch eine sogenannte Fremdeinwirkung. Die Ärzte beklagen, daß ihnen die Hände "gebunden" sind. Couragierte unter ihnen wollten sich als Gefängnisärzte verpflichten, sie wurden jedoch nicht angenommen. In der Türkei sind die Gefängnisärzte direkt dem Justizministerium unterstellt, und offensichtlich arbeiten sie,

wie im Falle der **Esma Polat** nachweisbar, die während ihrer Untersuchungshaft vergewaltigt wurde, mit der Justiz Hand in Hand. Druck ist auf diese Gefängnisärzte nur dadurch auszuüben, wenn ihnen durch die Ärztekammer die Approbation entzogen wird.

Das neue **Antiterrorgesetz** in der Türkei; das am 12.4.d.J. - nicht zufällig vor dem 1. Mai - mit sofortiger Wirkung erlassen wurde, verschärft in eklatanter Weise die Situation politisch denkender und handelnder Menschen und die Situation der Gefangenen in den Gefängnissen. Mit dem neuen Antiterrorgesetz wurden die §§en des Türkischen Strafgesetzbuches (TStGB) Nr. 140-42 und 163, die sogenannten "Gesinnungsparagraphen" aufgehoben und in dem "Gesetz zur Bekämpfung des Terrors" (Nr. 3713) zusammengefaßt und neu definiert. Demnach lautet die Definition von Terror, was und wer die **"in der Verfassung festgelegte Beschaffenheit der Republik, die politische, rechtliche, soziale, laizistische oder wirtschaftliche Grundordnung unter Anwendung von Druck, Nötigung und Gewalt, Verbreitung von Angst und Schrecken, Einschüchterung**



Son Basci, 1.5.91

oder Drohung verändert oder die unmittelbare Einheit von Gebiet und Nation des türkischen Staates und der Republik zerstört". Als "Terrorist" gelten sowohl Gruppen "von zwei oder mehr Personen", aber auch, wer "allein zur Verwirklichung dieser (o.a.) Ziele Straftaten begeht(...), macht sich des Terrorismus schuldig".

Die Allianz von Staat und ausbeuterischem Kapital zeigt sich in dem zweiten Abschnitt dieses Gesetzes, in Art. 11, der zum Inhalt hat, daß die Festgenommenen "spätestens nach 15 Tagen, eine angemessene Verzögerungszeitpanne ausgenommen", einem Haftrichter vorgeführt werden müssen. Es ist nicht nur, daß die Festgenommenen zumeist in dieser 15-Tage-Frist den schwersten Folterungen ausgesetzt werden, sondern sie verlieren wegen unerlaubten Fernbleibens von der Arbeit nach dieser Frist auch ihren Arbeitsplatz.

Gleichermaßen schützt mit Art. 15 das neue Gesetz die Folterer, denn "Weisungsbefugte und Beamte des Nachrichtendienstes und der Sicherheitskräfte, die in der Bekämpfung des Terrorismus tätig sind, sowie andere Personen, die Aufgaben zu diesem Zweck erfüllen, bleiben, wenn gegen sie aufgrund vorgeworfener Straftaten bei der Ausübung ihrer

Aufgaben Prozesse geführt werden, bis zum Abschluß der Verfahrens auf freiem Fuß."

Ich sagte schon an anderer Stelle, daß das neue Antiterrorgesetz nicht zufällig vor den 1. Mai-Demonstrationen erlassen wurde, und angesichts der über 1000 festgenommenen Frauen und Männer in diesem Jahr - über die man in den westlichen Medien fast überhaupt nichts erfuhr (außer im "Arbeiterkampf" und ca. 10 Zeilen in der taz; andere türkische Zeitungen sprechen sogar von bis zu 2000 Festgenommenen) - "startet" es angesichts der über 1000 Festnahmen seinen "ersten Probelauf". Den 1. Mai feiern zu können, bedeutet in der Türkei - anders als in hochkapitalistischen Gesellschaften - eine Errungenschaft dieses Jahrhunderts. Am 1. Mai 1920 demonstrierten erstmals türkische Massen für eine "Unabhängige Türkei"; wenige Jahre darauf werden diese öffentlichen Feiern verboten, jedoch gilt der 1. Mai unter einem anderen Namen - als "Blumen- und Frühlingsfest" - als ein gesetzlicher Feiertag. Mit dem Erstarken der türkischen Arbeiterbewegung (ich wähle die männliche Betonung bewußt, da die Interessen von Arbeiterinnen unberücksichtigt blieben) entwickelte sich der 1. Mai immer mehr zum Arbeiterkampftag. 1976 folgten hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der linken Gewerkschaftsföderation DISK,

Anzeige

SONNENBLUME
Groß & Reuter
SPRINGSTR. 2
RECKLINGHAUSEN
02361/13 927



- * Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau
täglich frisch: Obst und Gemüse
Brot
Milchprodukte
- * Naturkosmetik
- * Linn-Naturschuhe
- * Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

auf dem Taksimplatz in Istanbul zu demonstrieren. Ein Jahr später endete die Demonstration in einem Blutbad mit 37 Toten, das von einer Allianz von Geheimdiensten (u.a. Gladio) und Neofaschisten angerichtet wurde. Von nun an bestimmten Panzeraufgebote und seit letztem Jahr deutsche Schäferhunde das äußere Erscheinungsbild des 1. Mai, den zu feiern seit dem Septemberputsch von 1980 verboten ist. Arbeiterinnen und Arbeiter, die zu illegalen Demonstrationen erscheinen, riskieren so wegen unerlaubten Fernbleibens von der Arbeitsstelle den Verlust ihrer Arbeit und die Gefahren von Gefängnis und Folter.

Schon in den Tagen vor dem 1. Mai hörten wir von Festnahmen politischer Aktivistinnen und Aktivisten; in bestimmten Bereichen Istanbuls wurden Ausgangssperren errichtet, bspw. auch dort, wo der durch Folter ermordete **Aliriza Agdagan** in Örnek Tepe wohnte. Sein Mörder, der für den Bezirk Beyoglu zuständige Polizeichef **Zeki Erdogan**, läuft immer noch frei herum.

An den Ufern des Bosphorus, wo Frauen und Männer anstanden, um auf die Fähre zum Übersetzen in den europäischen Teil Istanbuls zu warten, wurden Körperkontrollen durchgeführt. Auch wer in Richtung des Taksimplatzes ging, dem Ort zentraler Kundgebungen, wur-



de abgetastet. Europäische Besucherinnen und Besucher Istanbuls wurden nicht immer von diesen Untersuchungen verschont; so mußte bspw. auch unser Übersetzer seinen Aktenkoffer öffnen. Beschimpfungen handelte sich unsere Gruppe auch ein, als sie versuchte, sich für die Inhaftierten einzusetzen, um Namen und Aufenthaltsort von ihnen herauszubekommen. So wurde unser Übersetzer rabiät angeschnauzt, der sich auf einem Polizeirevier nach dem Gesundheitszustand eines wohlmöglich Getöteten erkundigen wollte. Der zuständige Beamte meinte, den Übersetzer sofort anmaßend duzend, daß diese Gefangenen "ehrlos" seien und Menschenrechte für sie nicht in Betracht kämen. Daß Folterer sich nicht scheuen, ihre faschistische Gesinnung demonstrativ zu zeigen, berichtete auch eine gefolterte Gewerkschafterin. Die "Ermittlungsbeamten", denen sie und andere Genossen ausgesetzt gewesen wären, hätten gesagt, daß sie, die Festgenommenen, heute nicht in Händen "guter Polizisten" seien, sondern in den Händen faschistischer Polizisten. Die Verbote und Repressalien erstrecken sich ebenso auf die unabhängigen und demokratischen **Gewerkschaften**. Versuche, sich neu zu organisieren, scheitern in kürzester Zeit und immer wieder wegen willkürlicher Schließungen.

So wurde vor kurzem die Beamtenengewerkschaft unter dem Vorwand geschlossen, sie sei ein "Casinobetrieb". Die dabei Festgenommenen wurden geschlagen und gefoltert - inhaftierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit einem Funktionsverbot belegt. Sowohl die unabhängigen Gewerkschaften als auch die staatliche und legale Verkehrsgewerkschaft THY-Havas beklagten sich bei uns über die mangelnde Unterstützung und mangelnde Solidarisierung seitens der bundesrepublikanischen und westeuropäischen Gewerkschaften. Lose Kontakte bestehen nur mit der GEW und der ÖTV; der DGB unterstützt die gleichgeschaltete und prokapitalistische staatliche Türk-Is.

Wir wurden direkt aufgefordert, in der BRD auf die Situation der Gewerkschaftsarbeit in der Türkei hinzuweisen, auf die eklatanten Menschen-

rechtsverletzungen zu verweisen und um Solidarität zu werben. Leider, das kritisieren die sozialistischen **Frauenengruppen** DKD und DEMKAD, haben es aber, trotz aller Widerstandsarbeit, die unabhängigen Gewerkschaften nicht geschafft, spezifische Frauenbelange der Arbeiterinnen zu berücksichtigen: Sie haben keine Forderungen nach Kinderkrippenplätzen erhoben, die die Unternehmen erst einrichten, wenn 150 Arbeiterinnen beschäftigt sind. Damit tragen sie mit dazu bei, Arbeiterinnen arbeitslos zu halten, deren Arbeitslosenquote unter den Arbeitslosen über 90 % beträgt. Sie haben nichts dafür getan, schwangeren Arbeiterinnen ihren Arbeitsplatz zu erhalten. Sie haben nicht thematisiert, daß Arbeiterinnen in enormsten Maßen sexuellen Übergriffen ausgesetzt sind und von den Unternehmen als Versuchspersonen für die Anwendung chemischer Verhütungsmittel dienen. Auch die Forderung, den 8. März feiern zu können, fand keinerlei Beachtung.

Die **Ausnahmezustandsverordnung** Nr. 430 erstreckt sich nicht nur über Kurdistan, sondern ergreift das gesamte Staatsgebiet und damit auch die Gewerkschaftsarbeit. Mittels ihrer Auswirkungen hilft sie, daß die (Land)Arbeiterinnen und Arbeiter noch mehr als ansonsten "üblich" ausgebeutet werden; ihre Löhne werden nicht ausbezahlt - Proteste aufgrund des Ausnahmezustandes unmöglich gemacht. Jeder Protest ist verdächtig, guerillabezogen zu sein, und wer Guerilla oder Guerillero ist, wird sofort liquidiert.

Für uns zeigte sich, sowohl aufgrund der Gespräche mit den besuchten Organisationen, als auch der Delegationsberichte unserer Delegation und der des IHD Istanbul, daß es sich bei dem Thema **Kurdistan** weder um ein Menschenrechts- noch Minderheiten"problem" handelt, sofern wir überhaupt in diesem Zusammenhang das Wort "Problem" benutzen können. Ein Volk von 30 Millionen Frauen, Kindern und Männern stellt keine Minderheit dar. Politische (nationale) und soziale (antifeudalistische) Forderungen lassen sich nicht auf Menschenrechtsfragen reduzieren. Solchermaßen Vereinheitlichungen auf einen zwangsweise "gemeinsamen Nenner" unter humanen Aspekten tragen auch mit dazu bei, unter den Opfern zu spalten, und zwar in diejenigen, die

"rein", "unpolitisch" und damit "unschuldig" sind, und die, die "schuldig", da politisch, sind. Der Humanismus, das sollte gleichsam nicht vergessen werden, ist wie anderes auch ein westeuropäischer Import, der ebenso die Auswirkungen besitzen kann, die kolonisierten Verhältnisse ein weiteres Mal und auf andere Weise zu stabilisieren. Kolonisierte Völker und Menschen müssen ihre eigenen politischen Konzepte zur Befreiung entwickeln und probieren können.

In den Lagern **Isikveren**, **Silopi**, **Uludere** und **Cucurca** auf türkischem Gebiet - so berichteten die DelegationsteilnehmerInnen des **IHD Istanbul** - sieht die Versorgungslage miserabel aus. Das liegt nicht nur an einer fehlerhaften und schleppenden Verteilung der Hilfsgüter, sondern auch daran, daß die Soldaten (vom Uludere-Lager gesehen) die Hilfsgüter gegen Geld verkaufen und sowohl die türkischen als auch die amerikanischen Soldaten mit den kurdischen (feudalen) Stammesführern zusammenarbeiten. Obwohl die türkisch-kurdische Bevölkerung weitaus weniger quantitativ helfen konnte, war ihre Hilfe weitaus effektiver und qualitativ besser.

war ihre Hilfe weitaus effektiver und qualitativ besser. Deshalb ist eine ortbezogene, den Verhältnissen angepaßte Hilfe weitaus effizienter, als eine zentral geleitete. Der Menschenrechtsverein IHD in Istanbul plant deshalb, ähnlich wie medico international, ein Hilfskomitee mit dem Ziel zu gründen, direkt mit den Betroffenen zusammenzuarbeiten und nicht mit den Stammesältesten.

Die **Kinder in den Lagern** befinden sich in einem äußerst schlechten Gesundheitszustand; in **Isikveren** zählte die IHD-Delegation über 700 Leichen; danach gab sie das Zählen auf. Die Leichen werden nicht mehr untersucht, sondern entweder sofort vergraben oder gar nicht mehr den Familien übergeben. Alle Lager sind mit einem Zaun umgeben, hinter den die Flüchtlinge mit Schlägen zurückgetrieben werden, in dem Fall, wenn sie sich zu weit vorwagen. Für das Lager Zakho (Irak) gab es auch für unsere Delegation, nach anfänglichen Schwierigkeiten, eine Besuchserlaubnis. Als die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Lager betraten, wurden sie Zeugen einer Demonstration, die "no no Saddam" und "yes yes

Bush" rief. Es folgten Parolen zu "Es lebe Kurdistan". Die Flüchtlinge äußerten in einem Gespräch, daß sie nicht in den Irak zurückkehren wollten, solange Saddam dort ist bzw. noch lebe.

Eine Ausnahme unter den, wenn auch miserablen Bedingungen als Lager schlechthin, soll das **Destan-Lager** darstellen, das von der HEP-Partei und medico international betreut wird. Hier sind die Verteilungsmöglichkeiten besser, jedoch schickt niemand Hilfsgüter dorthin.

Auf einer der letzten Informationsveranstaltungen unserer Delegation, die vom Koordinationskreis der Bochumer antifaschistischen Stadtkonferenz im Freiraum veranstaltet wurde, kam die Frage auf - und ich finde es interessant, sie im Zusammenhang mit der Ausrichtung der **AntifaZ** zu erwähnen - inwieweit sich die politischen Gruppen und engagierten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Frauen und Männer in der Türkei angesichts des repressiven Militärsystems und seiner faschistischen Methoden als **antifaschistisch** bzw. als **Antifaschistinnen und Antifaschisten** begreifen.

Angesichts meiner Erfahrungen zu den Auseinandersetzungen zwischen "Feminismus" und "Frauenpolitik" habe ich in der Türkei keine politische Gruppe kennengelernt, die sich bewußt antifaschistisch nennt. D.h. aber nicht, daß wir behaupten können, es gebe in der Türkei keine antifaschistische politische Arbeit. Ich will eher sagen, daß wir angesichts der Auseinandersetzungen mit den politischen Gruppen in der Türkei "unsere" Begriffe und unsere spezifisch besetzten und geprägten Begriffe vergessen müssen und von diesen aus der Bezug zu anderen Gesellschaften nicht so ohne Weiteres herstellbar ist. Ein Bezug ergibt sich anstatt von daher, inwieweit bspw. typisch westeuropäisch faschistische Gesetze Einzug gehalten haben in die Gesetzgebungen der Länder der sogen. Dritten Welt. Das ist sowohl in der Türkei als auch in Argentinien der Fall; in der Türkei sind die jetzt aufgelösten sogen. "Meinungsparagraphen" 141 und 142 dem italienischen Strafgesetzbuch unter Mussolini entnommen worden und in den Jahren 1938, 1946, 1949 und 1951 noch verschärft worden. Eine Auflösung dieser Paragraphen hat auch 1991 mit dem neuen Antiterrorgesetz nicht stattge-

funden, sondern nur eine Neufassung unter anderem Namen. Die kolonisierten Länder und die in diesen Ländern wohnenden Menschen setzen sich gegen diese Kolonisierung zur Wehr - das ist demnach auch eine Art von antifaschistischem Widerstand, der aber vielfältig operiert, nämlich sowohl national, sozial und frauenbewegt. Unsere Art von antifaschistischer Arbeit sieht dagegen völlig anders aus, wenn wir die Entstehungsorte und Bedingungen dieses Faschismus bekämpfen.

Abschließend eine besondere Bitte: Die Ortsgruppe des Menschenrechtsvereins in Ankara gibt jährlich einen sogenannten "Folterbericht" heraus, der ca. 300 S. umfaßt. Von Organisationen aus der BRD wurde dem IHD eine Spende von 5000 DM zugesagt, die bislang jedoch noch nicht eingegangen ist. Mittlerweile ist der Bericht fertiggestellt, er konnte jedoch wegen der finanziellen Situation noch nicht gedruckt werden. Deshalb werden IHS-Mitglieder persönlich einen Kredit aufnehmen. Wir haben dem IHD in Ankara versprochen, uns persönlich in Deutschland um Spenden zum Druck des Berichtes zu bemühen. Es wird deshalb hier an Ort und Stelle darum gebeten, selbst zu spenden oder an Institutionen heranzutreten und diese um Spenden zu bitten. Das Erscheinen des Berichtes ist zum einen für die Arbeit des IHD in der Türkei sehr wichtig; zum anderen stellt er eine wichtige Grundlage für internationale Menschenrechtsorganisationen dar. Der Bericht wird auch in deutscher Sprache erscheinen. Spenden können überwiesen werden auf das Konto:

PGA Essen, Kto.-Nr. 220574-430, BLZ 36010043, Flüchtlingsrat Oberhausen, Stichwort: IHD, Folterbericht.

Spenden allein reichen jedoch nicht aus, das System von staatlicher Folter und Korruption zu durchbrechen.

(Thea A. Struchtemeier)

14. LANDESWEITE ANTIFASCHISTISCHE KONFERENZ NRW IN AACHEN

Knapp 200 Leute beteiligten sich an der 14. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW am 11.5.1991 in Aachen. Das entsprach den Erwartungen. Nach Grußworten, u.a. vom DGB-Kreisvorsitzenden, und einem Bericht zu neueren Entwicklungen und wichtigen Auseinandersetzungen in NRW fanden die zwölf geplanten Arbeitsgruppen statt. Die Berichte im Abschlußplenum zeigten, daß die Ergebnisse interessant waren und in Richtung Konsolidierung der antifaschistischen Arbeit wiesen.

Erstmals wurde die Konferenz auch von einer ganzen Reihe von TeilnehmerInnen aus der ehemaligen DDR besucht, darunter Mitglieder der PDS und des Bundes der Antifaschisten, u.a. aus Sachsen. Sie referierten in Arbeitsgruppen zum Thema "Folgen des Anschlusses der DDR" und "Aktuelle Entwicklungen bei den Faschisten" (den von Prof. Dr. Hans-Jürgen Friederici in dieser Arbeitsgruppe gehaltenen Beitrag dokumentieren wir im Anschluß an diesen Bericht). Im Abschlußplenum wurde der gegenseitige Wunsch nach mehr Information und stärkerer Kooperation vorgetragen. Auch aus den **Niederlanden** und **Belgien** waren Leute da, in einer Arbeitsgruppe wurde über eine bessere internationale Zusammenarbeit von AntifaschistInnen beraten.

Neben einer Reihe von Beschlüssen, z.B. zur **Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes** und **Gegen Grundgesetzänderung zum Kriegseinsatz** unterstützte die Konferenz die Unterschriftensammlung "**Bleiberecht für Roma**", die der landesweite Zusammenschluß der Roma-Unterstützergruppen "Pro Roma" durchführt, und rief zur landesweiten Solidaritätsdemonstration gegen die Abschiebung der Roma am 25.5.1991 in Köln auf (siehe auch Bericht über die Demonstration in dieser Ausgabe).

Die Resolution zum kurdischen Befreiungskampf führte zu einer Kontroverse. Die Arbeitsgruppe, die die Resolution beantragte, hatte die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht konkretisiert und ausdrücklich das Recht auf Lostrennung und einen eigenen kur-

dischen Staat unterstützt. Dies fand im Plenum keine Mehrheit. Damit wurde dem antikolonialen und antiimperialistischen Inhalt des kurdischen Befreiungskampfes nur ungenügend Rechnung getragen. Die Frage wird weiter erörtert werden.

Beschlossen wurde, daß im **Herbst ein Wochenendseminar zur antifaschistischen Arbeit** stattfinden soll. Bei diesem Seminar sollen auch Möglichkeiten einer engeren regionalen Zusammenarbeit und eines Rundbriefes besprochen werden. Die nächste ordentliche Konferenz ist in einem Jahr, voraussichtlich im Raum Köln/Bonn. Um diese Vorhaben in die Wege zu leiten, fand am 23.6.1991 ein erstes Koordinationstreffen statt.

UNFASSBA

UNFASSBA NR. 7/8 IST DA!



Preis: 6,- Muck, Abo: 20,-, WiederverkäuferInnen: 9 Exemplare 40 Mack. Alles nur bar und im Voraus bei: Unfi, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, W-4400 Münster.

ZUM ENTSTEHEN DES NEOFASCHISMUS IN DEN NEUEN LÄNDERN

Auf der NRW-Konferenz antifaschistischer Organisationen und Initiativen am 11. Mai 1991 wurde in der AG "Was gibt es Neues bei den Faschisten?" der folgende Beitrag von Prof. Dr. Hans-Jürgen Friederici gehalten, den wir im folgenden (in Auszügen) dokumentieren.

(...) Die Situation in den neuen Ländern ist zur Zeit sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite gab es mächtige Demonstrationen gegen den Golfkrieg, gegen Sozialabbau, wachsende Arbeitslosigkeit und die "Abwicklungs"praxis, auf der anderen Seite ein massives Auftreten von Rechtsextremisten und Neonazis. Brutale Überfälle auf Asylbewerber bzw. polnische Touristen häufen sich, nicht selten kommt es direkt zu Straßenschlachten zwischen der Polizei und ultrarechten Randalierern. Angesichts dieser Ereignisse fragen sich viele Menschen, ob dies ein "von außen", sprich von den Neonazis der alten Länder gesteuerter Prozeß ist, oder ob der Neofaschismus in den neuen Ländern vor allem innere Ursachen hat.

(...) Nach meiner Auffassung ist die Geschichte des Faschismus und die seiner unzureichenden Bewältigung nach wie vor einer der wichtigsten Bezugspunkte historischen Denkens. Vom weiteren

Umgang mit den Problemen Faschismus bzw. Neofaschismus wird es entscheidend abhängen, in welchem Maß dunkle Schatten über unserer gemeinsamen Zukunft liegen.(...)

Nun aber ist die Frage zu beantworten, wie es geschehen konnte, daß in der insgesamt doch deutlich antifaschistisch orientierten DDR ein Boden für den Neofaschismus entstehen konnte. Manche vertreten die Meinung, dies sei im wesentlichen auf den "Import" von Rechtsextremisten aus den alten Ländern zurückzuführen. Andere glauben, dies sei die Schuld der alten Partei- und Staatsführung, die durch ihre halsstarrige Politik den Grund dafür gelegt habe. Nach meiner Auffassung gibt es bei dieser Fragestellung kein "entweder oder", sondern ein "sowohl als auch". Es gibt, denke ich, sowohl "äußere" als auch "innere" Ursachen für das Entstehen von Neofaschismus in den neuen Ländern.



Rechtsextremisten in Dresden

Die äußeren Ursachen sind nicht zu übersehen. Seit der Öffnung der Grenzen gibt es ein ganz massives Auftreten von Rechtsextremisten aus den alten Ländern in den neuen Gebieten. Die Leute von drüben kamen zu ihren Gessinnungsfreunden in der ehemaligen DDR, und bald erfolgte eine Vermischung und Vernetzung der Gruppen. Das ist keine Schutzbehauptung zur "Ehrenrettung" der neuen Länder, sondern durch Tatsachen bewiesen. Führende Kräfte neofaschistischer Organisationen aus der alten BRD kamen in die ehemalige DDR und bauten hier weitere Stützpunkte und Gruppen auf. Sie scheuten keine Mühe, um hier - zu einem allerdings vorhandenen rechtsradikalen Potential - neue Anhänger zu gewinnen. Bei vorläufigen Festnahmen oder Verhaftungen anlässlich rechtsradikaler Randalen sind immer auch Personen aus den alten Bundesländern mit festgenommen worden.

Über diese **äußeren Ursachen** möchte ich aber nicht ausführlich sprechen, weil die andere Seite für Sie sicher in-

teressanter und auch wichtiger ist. Ich sehe nämlich neben den äußeren vor allem **innere Ursachen** für das Aufkommen von Rechtsextremismus, und ich meine sogar, daß die **inneren Ursachen überwiegen**.

Es gab nämlich schon seit Beginn der achtziger Jahre - und nicht erst seit der Wende - auch in der ehemaligen DDR ein rechtsradikales Potential. Es gab Neonazis, obwohl es sie "offiziell" eigentlich gar nicht geben durfte. Sie tauchten auch in der Öffentlichkeit nicht so oft auf, wurden von der Polizei niedergehalten, auch häufig festgesetzt, aber sie waren vorhanden. Sie schrieben Naziparolen an Häuserwände, schrieben Drohbriefe an Zeitungen oder einzelne Personen und unternahm auch schon Überfälle auf vermeintliche oder wirkliche Gegner. Nur las man in der Presse sehr wenig davon. Wo lag der Nährboden für diese Art von Radikalismus? Der **Neofaschismus in der ehemaligen DDR** konnte sich entwickeln, weil in diesem Staat nicht nur eine ökonomische, sondern

ANZEIGE

„Bücherladen“

unsere Themen von
A-Z:

Ausländer

Biologisches Bauen

Chemie in Lebensmitteln

Dritte Welt

Entwicklungspolitik

Faschismus

Geschichte

Heilkräuter

Indianer

Kriegsgefahr

Liebe

Medien

Neonazismus

Ökologie

Politik

Reisen

Sanfte Energien

Trampen

Umweltschutz

Vollwerternährung

Waldsterben

Yoga

Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4
4370 Marl
02365/66 803

Schaut mal rein!

auch eine geistige Krise entstand. In der Ökonomie ging es bergab, die Wirtschaft war überfordert, und die offizielle Erfolgspropaganda verfiel nicht mehr. Neben den sozialökonomischen Gründen gab es auch Ursachen im politisch-ideologischen Bereich. Anfang der achtziger Jahre wurde vielen Menschen die Existenz globaler Probleme bewußt. Es änderten sich die Vorstellungen vom Sinn des Lebens, von der Rolle des Einzelnen in der Gesellschaft, von der Bedeutung ökologischer Fragen. Da diese Probleme von der alten Partei- und Staatsführung nicht ernst genommen und beantwortet wurden, entstand eine Art Orientierungslosigkeit; ein geistiges Vakuum, in das die Neofaschisten hineinstießen. Da von links keine Antworten mehr kamen, holten sich nicht wenige Menschen diese Antworten von Rechts außen. So wuchs allmählich die Bereitschaft, sich rechtsextremen Vorstellungen anzunähern.

Der Nährboden für ein Anwachsen von Neofaschismus lag also auch im Verfall des alten Wertesystems. Der Antifaschismus verlor aus vielerlei Gründen an Glaubwürdigkeit. So war es vor reichlich vier Jahrzehnten natürlich historisch und moralisch berechtigt, einen antifaschistischen deutschen Staat mit sozialistischer Tendenz zu errichten. Aber das ist eben vierzig Jahre her. Was die damaligen Generationen, die Faschismus und Krieg noch miterlebt hatten, intellektuell nachvollziehen konnten, nämlich den Anspruch der Antifaschisten, ein anderes und besseres Deutschland aufzubauen, das war den nachfolgenden Generationen immer schwerer zu vermitteln. Ihr historisches Grunderlebnis waren nicht mehr Faschismus und Krieg, sondern die er-

heblichen Mängel, Schwächen und Defizite des real existierenden Sozialismus; **fehlende Demokratie und Toleranz gegenüber Andersdenkenden.**

In den achtziger Jahren zeigte es sich immer deutlicher, daß man einen Staat nicht nur mit Berufung auf die Vergangenheit aufbauen kann, wenn man den nachwachsenden Generationen keine Zukunft mehr bieten kann. Die alte Führung der DDR hat lange geglaubt, diesen Mangel an Perspektive durch einen "verordneten" Antifaschismus ausgleichen zu können, doch schlug dieser formal behauptete Antifaschismus bald ins Gegenteil um. So kam die ehemalige DDR von Ansätzen zur Bewältigung der NS-Zeit über einen von vielen Bürgern nicht verinnerlichten Antifaschismus, zu einem verordneten Antifaschismus, der nicht viel Glaubwürdigkeit besaß.

Die jungen Menschen in der DDR - und nicht nur sie spürten den Widerspruch zwischen dem offiziell verkündeten Geschichtsbild und der in der Wirklichkeit bestehenden Intoleranz gegenüber Andersdenkenden. Und sie sagten sich: Wenn diese Intoleranz Antifaschismus sein soll, dann wollen wir damit nichts zu tun haben. Natürlich war es richtig, **die Jugend der ehemaligen DDR im Geist des Antifaschismus zu erziehen.** Aber in dieser an sich richtigen Erziehung steckte eine Menge Verordnung, Doktrinäres, Verengtes und Formales. **Die Pflege antifaschistischer Traditionen erstarrte nicht selten in Ritualen.**

So war es eben eine selbstverständliche Pflicht, daß alle vierzehn- oder fünfzehnjährigen Schüler antifaschistische Gedenkstätten, möglichst ehemalige Konzentrationslager, besuchten, ohne





daß sie auf einen solchen Besuch richtig vorbereitet gewesen wären. Und so konnten ältere Besucher früherer KZ nicht selten die ganz unernste Haltung dieser Jugendlichen an den Stätten des Grauens erleben (...)

Zu den inneren Ursachen für das Aufkommen des Neofaschismus gehören sicher auch Mängel und Schwächen in der theoretischen Arbeit und in der offiziellen Geschichtspraganda. Sicher wird niemand bestreiten, daß sich einige marxistische Ansätze in der Faschismus-Forschung bewährt haben. Das betrifft vor allem das Wirken ökonomischer Faktoren in der Politik, die Verantwortung der besitzenden Klassen, vor allem der Monopole, für die Errichtung der Nazi Herrschaft und manches andere. Aber gleichzeitig blieb die bekannte Faschismus-Definition aus den Jahren 1933 bzw. 1935 über Jahre hinweg starr und statisch, ohne neue historische Erfahrungen - z.B. aus Holocaust bzw. II. Weltkrieg - zu berücksichtigen. Diese Definition blieb abstrakt und unvollständig; sie erklärte nur Allgemeines.(...)

In den letzten Jahren diente die antifaschistische "Erziehung" vor allem zur Legitimierung für eine halsstarrige, undemokratische Politik der alten Parteiführung. Deren Unfähigkeit, Neues

zu erkennen und anstehende Probleme zu lösen, führte zu einem immer stärkeren Verfall der lange geltenden Werte.(...).

Was gilt es zu tun? Eine der Schlußfolgerungen aus den Fehlern der ehemaligen DDR besteht sicher darin, nie wieder zuzulassen, daß der Antifaschismus von einer Partei oder Organisation allein vereinnahmt wird. Er muß vielmehr zu einem allgemein anerkannten Wert aller demokratisch und humanistisch denkenden Menschen werden. Zum Antifaschismus kann man aus ganz verschiedenen Richtungen kommen, nicht nur von einer Seite. Eine antifaschistische Grundeinstellung kann sich aus vielen Motiven entwickeln: aus christlichen, liberalen, sozialistischen, ökologischen, pazifistischen oder feministischen Grundüberzeugungen.

Wichtig ist, daß schon **in der Schule eine gut durchdachte Beeinflussung in dieser Richtung** erfolgt, daß der Antifaschismus mit dieser breiten Grundlage ein fester Bestandteil der schulischen Arbeit wird. Vor allem aber muß man die sozialökonomischen Ursachen des Neofaschismus bekämpfen; dafür sorgen, daß die Menschen Arbeit haben, eine ausreichende Wohnung und Alternativen in der Freizeit. Sicher ist das leichter gesagt als getan, aber anders werden wir mit dem Problem nicht fertig werden.

Unterstützen wir uns in den alten und neuen Ländern gegenseitig, damit sich die Tragödie der Jahre von 1933 bis 1945 nie wiederholt.

(Prof. Dr. H.J. Friederici)

**Was
werden wir
aus 40 Jahren
mitnehmen?**

LEHREN DES 22. JUNI 1941

SIND NICHT ÜBERHOLT

AUFRUF NORDRHEIN-WESTFÄLISCHER ANTIFASCHISTEN

Am 22. Juni 1941 überfiel Nazi-Deutschland die Sowjetunion. Noch am gleichen Tag entstand die Antihitlerkoalition, das Bündnis der Staaten und Völker Europas, dem auch unser Volk seine Befreiung verdankt. 50 Jahre sind seitdem vergangen. 50 Jahre, in denen sich Europa grundlegend gewandelt hat.

Aber die Leiden der Völker der Sowjetunion bleiben ebenso unvergessen wie ihr Opfermut, der entscheidend war bei der Niederschlagung des Hitlerfaschismus.

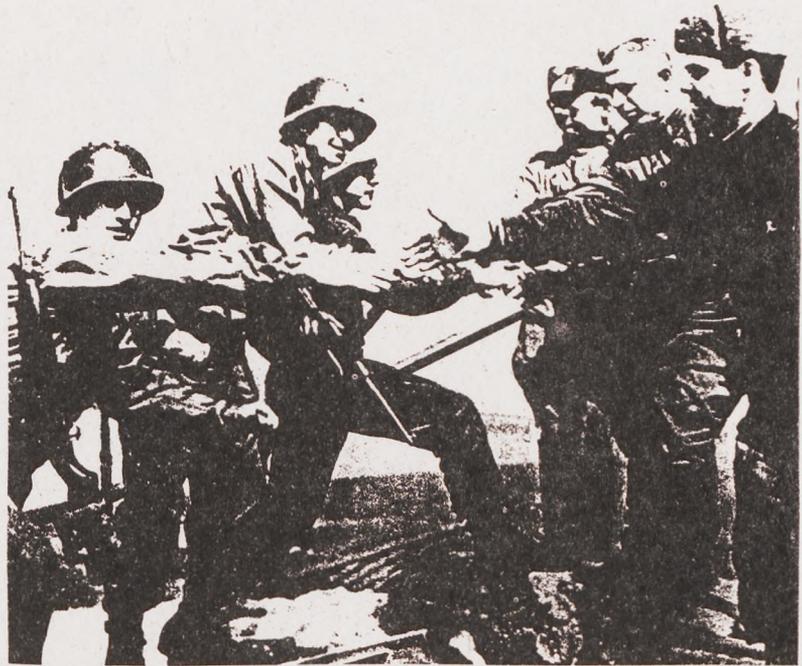
Unser Volk verdankt seine Befreiung vom Faschismus im besonderen Maße der Sowjetunion. Für den Sieg über das in der Geschichte unvergleichliche Massenmordregime Hitlers wie seiner Mittäter und Hintermänner aus Banken, Industrie und Militär gebührt der Sowjetunion Dank.

Aber auch **die Lehren** sind weiterhin zu ziehen: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Nie wieder soll unser Land in Feindschaft zur Sowjetunion geraten. Nie wieder dürfen die Kräfte des Faschismus und des Militarismus in unserem Land bestimmen.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen und Verträgen über die Vereinigung Deutschlands wurden Maßnahmen vereinbart und festgeschrieben, die, wenn sie von der friedliebenden Öffentlichkeit in Europa durch ihr Handeln garantiert werden, für die Erhaltung des Friedens bedeutsam sind: Die Grenzen im Osten wurden völkerrechtlich verankert. Die deutsche Armee soll verkleinert werden. Die Bodenreform und die Enteignung von Kriegstreibern in Ostdeutschland wurden für rechtsgültig erklärt. Es wurden wichtige demokratische Rechte des Volkes proklamiert. Menschenrechte sollen jetzt für alle

Menschen in ganz Europa einklagbar werden können, wie von der KSZE bestätigt wurde.

Die Sowjetunion hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Wandlungen in Europa friedlich gestaltet werden konnten. Dennoch ist es tragisch für die Sowjetunion und für unser Volk, daß der kalte Krieg in Europa nicht wie der heiße Krieg mit einer Gemeinschaftsanstrengung friedlicher Staaten endete, nicht in eine Koalition des Friedens ein-



mündete.

Die Verbündeten der Sowjetunion im Ringen gegen Hitler traten nicht im Geiste der Antihitlerkoalition dafür ein, die reaktionären politischen und ökonomischen Kräfte, jene, die Hitler an die Macht brachten und die an seinem Krieg verdienten, jene, die Hitler folgten, endgültig zu entmachten. Im Gegenteil nutzten sie gemeinsam mit konservativen und nationalistischen

deutschen Kräften in der Stunde der "Wiedervereinigung" die Notlage der durch das Wettrüsten und den kalten Krieg wie durch die Krise des sozialistischen Systems geschwächten Sowjetunion aus, um deren Sicherheit zu verringern.

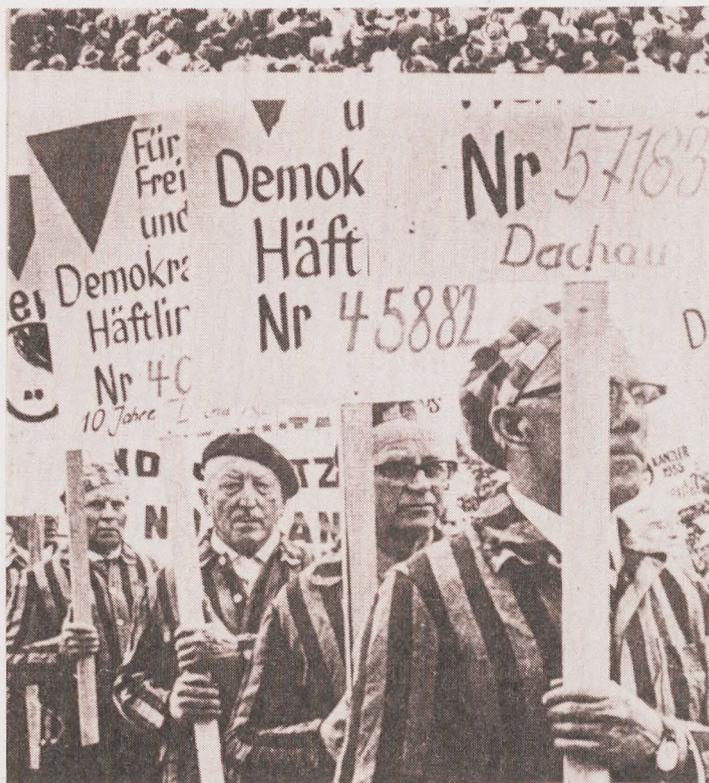
Das Gebot der Antihitlerkoalition, ganz Deutschland zu entmilitarisieren, wurde mißachtet. Die **NATO** und die weitgehend von Hitlers Militaristen geprägte **Bundeswehr** konnten bis an die Oder-Neiße-Grenze vorrücken. Die deutsche Rüstungsindustrie war wieder dabei, als nach der Wiedervereinigung - im Nahen Osten 1991 wieder ein Kriegsschauplatz hergerichtet wurde. Deutscher Rüstungsexport war dahin geströmt, einschließlich wissenschaftlicher und industrieller Voraussetzungen dafür, einen Giftgaskrieg zu führen, auch gegen den Staat Israel.

Wie man sich einst am Öl und an den anderen Reichtümern der Sowjetunion gesundstoßen wollte, galt es nun, an der Neuordnung der Rohstoffnutzung, ja an der Neuordnung der Welt im imperialistischen Sinne mitzuwirken. Mit der logistischen Unterstützung des Golfkrieges und mit der Entsendung von Bundeswehrtruppen ins Krisengebiet wurde erstmals seit der Befreiung vom Faschismus der Grundsatz mißachtet, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen sollte.

Der Satz "Nie wieder Krieg von deutschem Boden" soll nun ergänzt werden durch die Worte: "Es sei denn unter der Flagge der UNO und der NATO." Die Lehren der Antihitlerkoalition als Koalition zur Schaffung des Friedens wurden pervertiert zur Koalition zur Führung des Krieges. Die UNO, eine der wichtigsten Errungenschaften der Antihitlerkoalition gegen den deutschen Militarismus, soll umgestaltet werden zu einer Einrichtung, in deren Rahmen sich der deutsche Militarismus wieder entfalten kann. Stoltenberg, Wörner und führende Bundeswehrgenerale reden von der notwendigen Hochrüstung, solange die Sowjetunion die größte Militärmacht in Europa sei, deren Entwicklung "ungewiß" sei, so daß deutsches Militär für alle Fälle gewappnet sein solle.

Auch die **revanchistischen Kräfte** und die **Neonazis** wurden nicht aus-

geschaltet. Der mit der Wiedervereinigung entfachte großdeutsche Nationalismus, der antikommunistische Taumel gegen alles Linke und die soziale Not infolge des Anschlusses Ostdeutschlands begünstigen die Ausbreitung des Neofaschismus. In der Bundeswehr melden sich Kräfte zu Wort, die in der nazistischen Wehrmacht ihr Vorbild sehen, jener Wehrmacht, die seit dem 22. Juni 1941 mit Aggression und Völkermord unmenschliche Grausamkeiten in der UdSSR beging, den mörderischen Kommissarbefehl anwendete und am Tod von über vier Millionen sowjetischer Kriegsgefangener mitschuldig wurde. Sorge bereitet der unverhüllt vorgetragene **Anspruch von Vertriebenenverbänden auf polnisches und sowjetisches Territorium**, einschließlich der Vorstellungen der Deutschen Bank, das Gebiet von Kaliningrad in ihre Freihandelszone umzuwandeln. Die tiefe Krise der sowjetischen Gesellschaft und Union, mitverschuldet von den nie ganz überwundenen Kriegsfolgen, wird von reaktionären Kräften



genutzt, um der Sowjetunion ihre Ordnungsvorstellungen aufzuzwingen. Solange keine Reformen im Sinne des Kapitalismus erfolgen, soll wirksame Hilfe für die Sowjetunion ausbleiben.

Freundschaft zur Sowjetunion und Beibehaltung der gegen sie gerichteten Orientierung von Militär und Politik schließen sich aus. Wir fordern Hilfe für die Sowjetunion ohne jede Vorbedingung. Der Reformprozeß dort muß von den Völkern und Nationen der Sowjetunion selbst bestimmt werden. Die Zukunft der Sowjetunion muß den arbeitenden Menschen gehören, den Menschen, die von 1941 bis 1945 unendlich litten und Unvergleichliches für die Befreiung der Welt vom Hitlerfaschismus leisteten.

Unabhängig davon, wie jeder von uns zu den aktuellen Vorgängen in diesem Land und zur sowjetischen Führung steht, sollte für alle Antifaschisten gelten:

Die Lehren des 22. Juni 1941 sind nicht überholt. Allen Völkern der Sowjetunion gegenüber, bei denen über 20 Millionen im Krieg Getötete gezählt wurden, haben wir eine Bringeschuld.

Diese Schuld abzustatten, bedeutet:

- Die Bemühungen um die Entmilitarisierung Deutschlands und um ein neues europäisches Sicherheitssystem fortzusetzen,
- das Ringen um Rüstungsbeschränkungen und Verbot des Rüstungsexports, um Umwandlung der Rüstungsproduktion und Entmachtung des Rüstungskapitals zu verstärken,
- Die UNO zu einem Friedensinstrument zu machen und den Aktionsradius

der Bundeswehr einzugrenzen statt auszuweiten,

- keinen Neonazismus und Revanchismus zu dulden; in der Verfassung zu verankern, daß neonazistische Tätigkeit, Antisemitismus, die Verbreitung von Rassismus geächtet und verboten sind,

- alle Menschenrechte, die kollektiven wie individuellen, die politischen wie sozialen, durchzusetzen,

- den Prozeß der Versöhnung zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion aktiv zu fördern.

Wir haben am antifaschistischen Widerstand teilgenommen:

Bruno Bachler, Duisburg (Edelweißpirat, KZ Buchenwald); Ernst Buschmann, Düsseldorf (aktiv in Deutschland, den Internationalen Brigaden in Spanien und der Resistance in Frankreich); Alice Sterzenbach, Düsseldorf (aktiv in Köln und Amsterdam, neun Jahre Emigration); Werner Sterzenbach, Düsseldorf (aktiv in Essen und Amsterdam, Deportationslager Westerbrock/Holland); Heinz Junge, Dortmund (Emigration, KZ Sachsenhausen); Walter Maletzki, Dortmund (Moorsoldat, KZ Esterwegen); Grete Thiele, Wuppertal (dreieinhalb Jahre Zuchthaus); Willi Rattai, Essen (vier Jahre, sieben Monate Gefängnis und KZ); Erna Mörchel, Dortmund (aktiv in Dortmund, Ehemann 1945 von der Gestapo ermordet); Maria Wachter, Düsseldorf (sechs Jahre Haft).

ANZEIGE



Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

Antifa-Info



Düren, 1.6.91

Am 1. Juni sollte im "Alten Brauhaus" in Düren-Birgel ein "gemütlicher" Nachmittag der NPD mit dem Wikingjugend-"Liedermacher" Frank Renicke ("Protestnoten für Deutschland") stattfinden. Dies wurde jedoch eine Woche vorher bekannt, so daß - theoretisch - Zeit genug für eine breite antifaschistische Mobilisierung war; in Birgel selbst wurden Flugblätter an die Bevölkerung verteilt, so daß die Wirtsleute des "Alten Brauhaus" über Presse, Lokalradio und Polizei verbreiten ließen, sie hätten den Vertrag mit den Faschisten gekündigt.

Trotz dieses offiziellen Dementis erschienen ca. 80 AntifaschistInnen am Veranstaltungsort, um festzustellen, daß die NPD sie mit ihrer Anwesenheit verschonte. Stattdessen waren aber an verschiedenen Straßenecken rund um die Kneipe Posten der FAP/WJ aufgebaut. Auffallend war vor allem ein Streckenposten mit schrottreifen VW-Käfer ("Ein Symbol für Deutschland", O-Ton FAP), der unter anderem mit dem Sprößling der WJ-Führungssippe Wolfram Nahrath und dem Ortsgruppenleiter der FAP Aachen, Wolter, bestückt war. Dort wurden AntifaschistInnen u.a. von Wolter, der sich schon mehrmals durch brutalste Schlägereien, aber noch nie durch einen Funken Grips hervorgetan hat, mit Eisenstangen bedroht und beschimpft. Die Dürener Dorfpolizei stand untätig daneben, behauptete, es wären keine Eisenstangen da, während gerade eine zu Boden fiel und bedrohte ihrerseits die AntifaschistInnen. Trotz dieser Sympathiebezeugungen durch einen Vertreter der Staatsgewalt räumten die Faschisten das Feld.

orat
mer

Einige Nachzügler trafen später noch am "Alten Brauhaus" ein, sie zogen es jedoch vor, den Rat der AntifaschistInnen zu befolgen und zu verschwinden.

Ob der Parteinachmittag irgendwo irgendwo anders und mit verringerter Teilnehmerzahl noch stattgefunden hat, ist nicht bekannt. Insgesamt ist die Aktion trotz der geringen Teilnahme von AntifaschistInnen als Erfolg zu bewerten.

Keinen Fußbreit den Faschisten!
Es gibt kein ruhiges Hinterland!
(ak/bl-Mehrheit)

Essen, 7.6.91

Eine Gruppe von ca. 30 neofaschistischen Skinheads sammelte sich auf dem diesjährigen Rock-Open-Air-Festival in Essen-Werden, das vom Jugendamt der Stadt Essen jedes Jahr zu Pfingsten organisiert wird. Die Skinheads hängten eine Reichskriegsflagge auf, provozierten die FestivalbesucherInnen und schlugen zwei ausländische Teilnehmer zusammen. Obwohl die anwesenden Polizeibeamten vom Veranstalter und mehreren BesucherInnen auf die Übergriffe hingewiesen wurden, nahmen sie weder die Personalien der Skinheads auf noch schritten sie gegen die von der Gruppe ausgehenden Gewalttätigkeiten ein.

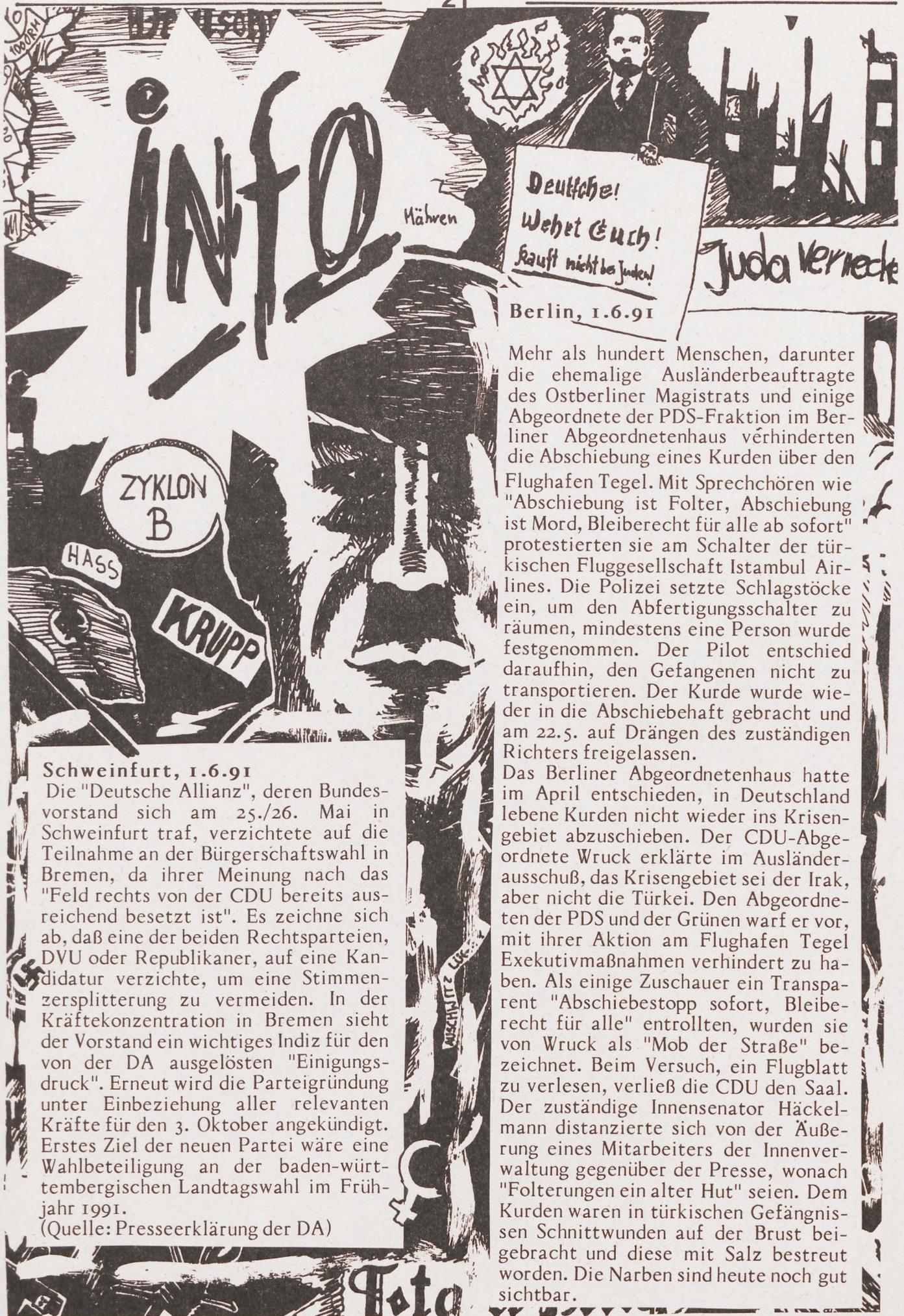
Ebenfalls über Pfingsten wurde zum zweiten Mal in den vergangenen Wochen ein Brandanschlag auf ein noch leerstehendes, aber bereits komplett eingerichtetes Flüchtlingsheim verübt. "Unbekannte Täter", so die Polizei, beschädigten das Heim an der Worringstraße in Essen-Burgaltendorf mit einem Molotowcocktail schwer.

(aus: Lokalberichte Essen)

Deutsche!

Juda ve

zwischen



Schweinfurt, 1.6.91

Die "Deutsche Allianz", deren Bundesvorstand sich am 25./26. Mai in Schweinfurt traf, verzichtete auf die Teilnahme an der Bürgerschaftswahl in Bremen, da ihrer Meinung nach das "Feld rechts von der CDU bereits ausreichend besetzt ist". Es zeichne sich ab, daß eine der beiden Rechtsparteien, DVU oder Republikaner, auf eine Kandidatur verzichte, um eine Stimmenzersplitterung zu vermeiden. In der Kräftekonzentration in Bremen sieht der Vorstand ein wichtiges Indiz für den von der DA ausgelösten "Einigungsdruck". Erneut wird die Parteigründung unter Einbeziehung aller relevanten Kräfte für den 3. Oktober angekündigt. Erstes Ziel der neuen Partei wäre eine Wahlbeteiligung an der baden-württembergischen Landtagswahl im Frühjahr 1991.

(Quelle: Presseerklärung der DA)

Deutsche!
Wehet Euch!
kauft nicht bei Juden!

Berlin, 1.6.91

Mehr als hundert Menschen, darunter die ehemalige Ausländerbeauftragte des Ostberliner Magistrats und einige Abgeordnete der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus verhinderten die Abschiebung eines Kurden über den Flughafen Tegel. Mit Sprechchören wie "Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord, Bleiberecht für alle ab sofort" protestierten sie am Schalter der türkischen Fluggesellschaft Istanbul Airlines. Die Polizei setzte Schlagstöcke ein, um den Abfertigungsschalter zu räumen, mindestens eine Person wurde festgenommen. Der Pilot entschied daraufhin, den Gefangenen nicht zu transportieren. Der Kurde wurde wieder in die Abschiebehäft gebracht und am 22.5. auf Drängen des zuständigen Richters freigelassen.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hatte im April entschieden, in Deutschland lebende Kurden nicht wieder ins Krisengebiet abzuschicken. Der CDU-Abgeordnete Wruck erklärte im Ausländerausschuß, das Krisengebiet sei der Irak, aber nicht die Türkei. Den Abgeordneten der PDS und der Grünen warf er vor, mit ihrer Aktion am Flughafen Tegel Exekutivmaßnahmen verhindert zu haben. Als einige Zuschauer ein Transparent "Abschiebestopp sofort, Bleiberecht für alle" entrollten, wurden sie von Wruck als "Mob der Straße" bezeichnet. Beim Versuch, ein Flugblatt zu verlesen, verließ die CDU den Saal. Der zuständige Innensenator Häckelmann distanzierte sich von der Äußerung eines Mitarbeiters der Innenverwaltung gegenüber der Presse, wonach "Folterungen ein alter Hut" seien. Dem Kurden waren in türkischen Gefängnissen Schnittwunden auf der Brust beigebracht und diese mit Salz bestreut worden. Die Narben sind heute noch gut sichtbar.

GIFHORN - EIN DORF

IN NIEDERSACHSEN

Am Mittwoch, dem 8. Mai, gegen 22.00 Uhr, wurde Matthias Knabe von Neonazis brutal angegriffen. Er war auf dem Weg zum Nachtan- geln an einem Waldsee in der Nähe des niedersächsischen Dörfchens Gifhorn, wo er sich mit Freunden verabredet hatte. Dort feierte gleichzeitig eine Gruppe von 15-20 Faschisten einen "Kamerad- schaftsabend". Matthias bemerkte zunächst nur Lärm und vermutete dort seine Freunde, seinen Irrtum bemerkte er zu spät...

**Punker floh vor Skins:
Von Auto erfaßt**

**„Nur“ schwere Unfall oder Kapitalverbrechen?
Punk Schwere Skinheads**

Von Skinheads verfolgt

Kapitalverbrechen?

Schwerer Unfall auf der B4:

Punk Kripo-Sonderkommission ermittelt

**Beim Unfall
schwerverletzt**

Als die Nazis Matthias sahen, stürzten sie sich sofort auf ihn und schlugen auf ihn ein. Zwei Neonazis, einer war **Christian Blauth**, stießen ihn dann auf die stark befahrene B4 vor ein vorbeifahrendes Auto.

Matthias wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in die medizinische Hochschule Hannover eingeliefert, wo er mehrfach operiert wurde und sein Zustand sich nach einigen Tagen (!) stabilisierte. Er wird aber auf jeden Fall einen bleibenden schweren Gehirnschaden davontragen.

Die Polizei versuchte zunächst, den Vorfall als "normalen" **Verkehrsunfall** darzustellen, woraufhin drei Freunde von Matthias Anzeige gegen die Nazis erstatteten.

Der Nazi Christian Blauth wurde aufgrund von Augenzeugenberich-

ten festgenommen und sitzt wegen versuchten Mordes in U-Haft.

In der Öffentlichkeit wurde der Mordversuch von Polizei und Lokalpresse, nachdem die Verkehrsunfallüge nicht gezogen hatte, verniedlicht; Punks und Skinheads, Antifaschisten und Rechtsradikale wurden in einen Topf geworfen - was darin gipfelte, daß sie glaubhaft machen wollten, daß es möglich sei, daß Punks Matthias hatten umbringen wollen.

Diese Vorkommnisse rissen dann aber doch einige Menschen aus der Resignation, die ihnen der Alltag in Großdeutschland beschert hatte.

Sie organisierten für den 18.5.91 eine **bundesweite Demonstration gegen Naziterror und für antifaschistische Selbsthilfe** in Gifhorn. Tatkräftige Unterstützung erhielten sie dabei von

der Braunschweiger Antifa-Jugend/Autonome Gruppe.

Und so versammelten sich am 18.5. ca. 800-1000 betroffene Menschen in Gifhorn, um ihre Trauer und ihre Solidarität mit den Genossen in Gifhorn und Umgebung zu bekunden. Obwohl zu Anfang der Versammlung von einer größeren Gruppe Alkohol konsumiert wurde, verlief der Demonstrationzug ohne Ausschreitungen seitens der Demonstranten.

Die beiden **Hundert-schaften Sondereinsatzkommando (SEK)** bewiesen auch recht eindrucksvoll, wie gut ihr linkes Auge funktioniert. Von Anfang an drohten schwerbewaffnete große Gruppen sogenannter "RechtsschützerInnen" in den Seitenstraßen um den Versammlungsplatz, welche dann auch während der gesamten De-

monstration Spalier um den Zug liefen.

An dieser Stelle GrüÙe an eine ältere Gifhorner Dame, die uns ernstlich einreden wollte, dies beweise, "daß die Polizei Deeskalation betreibe". Die Demonstrationsleitung jedenfalls forderte die "Einsatzleitung" der Polizei mehrmals auf, sich zurückzuziehen und definierte (sehr laut) das martialische Auftreten der Polizei ganz richtig als Provokation und als Versuch, die Demonstrationsteilnehmer den Gifhorner BürgerInnen als "gemeingefährlich" vorzuführen.

Da dies jedoch genau in der Absicht der "Einsatzleitung" lag, änderte sich daran nichts.

Was dazu führte, daß es am Rande der Demonstration immer wieder zu Rangeleien kam und sich die "RechtshüterInnen" die Demonstrationsteilnahme mehrmals mit dem Knüppel erzwingen. Wobei mehrere AntifaschistInnen verletzt wurden.

Auf der **Zwischenund Abschlußkundgebung** wurden dann die **Lügen von Polizei und Lokalpresse** richtiggestellt; Gifhorns NS-Vergangenheit angeprangert (73% Stimmen für die NSdAP 1933!); die "Glanzleistungen" des Gifhorner Bürgermeisters (Sozialdarwinist sondergleichen), der lange Jahre in der NPD war, auf das schärfste verurteilt; die Situation der Frauen unter dem Nationalsozialismus eindrucksvoll geschildert und ihre Kontinuität in der heutigen Gesellschaft aufgezeigt (Vergewaltigungen, Paragraph 218 und allgemeine "Rolle der Frau") und die immer häufigeren und brutaleren Faschoübergriffe ganz richtig als fast zwingendes Ergebnis einer Ellenbogen-gesellschaft bezeichnet, in der AusländerInnen, Frauen, Homosexuelle und soziale Randgruppen per Gesetz zu Menschen 2. Klasse abgestempelt werden, und Recht und Ordnung der Besitzen-

den mit dem Polizeiknüppel und der Narrenfreiheit für FaschistInnen verteidigt werden.

All das, so erklärten die **Gifhorner AntifaschistInnen**, wollten sie nun nicht mehr länger hinnehmen. Sie forderten von der Stadt kommunale Räumlichkeiten für Antifaschistische Jugendarbeit, kündigten Angriffe auf allen Ebenen gegen eine Gesellschaft an, welche dem Faschismus Tür und Tor öffne, und bekundeten ihren Willen, sich "in jeder Schule, in jeder Straße, in jedem Stadtteil" organisieren zu wollen, um gemeinsam stark zu sein.

Bleibt mir nur noch abschließend zu bemerken, daß die Demonstration ein voller politischer Erfolg war, und den AntifaschistInnen in Gifhorn und Umgebung Liebe und Kraft für ihre Arbeit, und Matthias Knabe gute "Gene-sung" zu wünschen.
(tim)

ANZEIGE



BUCHLADEN
TARANTA-BABU
Humboldtstraße 44 4600 Dortmund 1
Telefon (02 31) 14 16 89

"DIE MÄNNER FÜRS GROBE" - DER SCHLAGENDE ARM DER RECHTEN BEWEGUNG

FAP, NF, WJ, Rechte Hooligans - Versuch einer aktuellen Darstellung

Das Anwachsen des militanten Fascho-Spektrums, 800 Besucher zum 101. Führergeburtstag in München auf Einladung des "Deutschen Jugendbildungswerkes" und den Wallfahrtsort Wunsiedel vor der Tür zu haben, war für Nürnberger AntifaschistInnen aus verschiedenen Gruppen Anlaß, einen genaueren Überblick zu erarbeiten.

Entstanden ist eine **Ausstellung zum Thema "Militante Rechte"**, die aufgrund fundierter Recherchearbeit der gängigen Darstellung von "Jugendbänden" und deren Psychologisierung etwas entgegensetzen will. Den Rahmen bildet eine Chronologie der antisemitischen und rassistischen Anschläge und Übergriffe auf Linke seit 45, detailliert ab 1987. In ihrer Entstehungsgeschichte, aktuellen Organisationsform, Arbeitsweise, Propaganda sowie ihrer programmatischen und ideologischen Schwerpunkte werden im einzelnen dargestellt:

FAP, Nationalistische Front, Wiking Jugend, Deutsche Frauenfront, Nationalrevolutionäre und rechte Hooliangruppen.

Auch auf neuere Entwicklungen wie der **Nationalen Sammlung, der Nationalen Liste, der Nationalen Offensive** wird ebenso eingegangen wie auf deren Versuche, in den Ländern der ehemaligen DDR mit der **Deutschen Alternative** und **Nationalen Alternative** Fuß zu fassen.

So bietet die Ausstellung die zur Zeit beste Möglichkeit, sich ein umfassendes Bild über aktuellen Organisationsgrad und Vernetzung der "Militanten Rechten" zu verschaffen, ja besonders an Schulen mit dem Thema sich intensiv auseinanderzusetzen. Gestaltet ist die Ausstellung auf 28 DinA1 Plakaten, mit vielen Fotos, Flugblattbeispielen, Auszügen aus ihren Parteiprogrammen und internen Zeitschriften, um den reichhaltigen Text aufzulockern.

Die Ausstellung ist für 100 DM zur eigenen Verwendung zu erwerben.

Bezugsadresse: AK Neofaschismus

PLK Nr. 050259D

8500 Nürnberg 1

PS: Begleitbroschüre zur Ausstellung: 4 Mark (ab 10 Stück: 3 DM + Porto)

ABONNIERT DIE ANTIFAZ

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo24,- DM

Förderabo30,- DM

Bestellung:

- durch Überweisung der Abogebühr auf das
Konto Nr. 1 000 229 38
BLZ 426 500 30
Stadtsparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei
Wolfgang Englisch
Oerweg 28
4350 Recklinghausen

Hiermit abonniere ich
die Zeitschrift
ANTIFAZ bis auf Wider-
ruf.

Name: _____

Anschrift: _____

Unterschrift: _____

Anzeigenpreisliste:

1/2 Seite80,-DM

1/3 Seite60,-DM

1/4 Seite50,-DM

BUCHBESPRECHUNG

"IN BESTER GESELLSCHAFT"

Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neofaschismus.

Herausgegeben von Raimund Hethey und Peter Kratz.

Verlag "Die Werkstatt", Göttingen

304 Seiten Paperback, DM 28,-

Vom Rechtsradikalismus in Deutschland hört man meist im Zusammenhang mit den Ausschreitungen brutaler Skin-Schläger oder den markigen Sprüchen der "Republikaner". Weniger bekannt sind die zahlreichen politisch-ideologischen Nahtstellen zwischen etabliertem Konservatismus und Neofaschismus. Die Autoren des Buches "In bester Gesellschaft" haben diese Nahtstellen näher betrachtet. Sie recherchierten unter anderem über die Siemens-Stiftung, die Humboldt-Gesellschaft oder die Deutsche Liga für das Kind, allesamt gesellschaftlich anerkannte und zum Teil staatlich geförderte Organisationen, die als neurechte Ideologiefabriken zugleich den Neofaschisten ein unverdächtiges Forum bieten.

Die Recherche-Ergebnisse des Buches werden sicherlich zuweilen Widerspruch hervorrufen - so, wenn Parallelen zwischen den Europa-Visionen eines Peter Glotz und denen von Neofaschisten gezogen werden; wenn wertkonservativen Ökologen ein "rassistisches" und "biologistisches" Gesellschaftsbild vorgeworfen wird (oder wenn z.B. die Gebrüder Grimm als "völkische" Denker bezeichnet werden, weil auch sie die Sprache als das entscheidende Kriterium des Menschen ansahen, d. Red.); wenn einem Rudolf Bahro die Aufwertung Hitlers zum Heilsbringer unterstellt wird. Provokierend - jedoch ohne Diffamierung - ist den Autoren aber der Nachweis gelungen, daß die Auseinandersetzung mit neofaschistischen Tendenzen nicht nur am rechten Rand, sondern auch "in bester Gesellschaft" stattfinden muß.

(Bernd-M. Beyer, Verlag Die Werkstatt)

Bemerkung der AntifaZ-Redaktion

Das Buch ist wegen seines Informationsreichtums sicher empfehlenswert, auch stimmen wir mit der Zielrichtung, neofaschistische Tendenzen auch "in bester Gesellschaft" zu untersuchen, voll überein.

Zu kritisieren ist u.E. allerdings, daß die Darstellungs-Methode in vielen Fällen mehr als zu wünschen übrig läßt. Ein Beispiel: So schreibt z.B. Otto Geschke in seinem Beitrag: "Ein weiteres wichtiges Element, das zur Renaissance des deutschen Nationalismus führte, war die Entstehung der bundesdeutschen Friedensbewegung. Die Orientierung der Friedensbewegung gegen die "beiden Supermächte", die mit ihrer Hochrüstung den Frieden in Europa gefährdeten und mit ihrer Rüstungspolitik die Staaten Europas zu Opfern ihrer Hegemonialpolitik machten, ließ beim bundesdeutschen Neofaschismus die Hoffnung keimen, daß hier eine Bewegung heranwachse, die durchaus in nicht zu unterschätzenden Teilbereichen Gemeinsamkeiten mit einer neutralistischen, gegen das Blockdenken gerichteten "neu-rechten" Politik haben könnte."

Das Beispiel kann unsere **Hauptkritik** an der Methodik deutlich machen, wie sie von vielen AutorInnen dieses Buchs verwendet wurde: Es werden Beobachtungen, Informationen, Textauszüge oder Ausschnitte politischer Stellungnahmen relativ umstandslos mit **Ähnlichkeiten** im neofaschistischen "Lager" verglichen, sprachlich (oft) schludrig verwischt (so wird ja in dem oben zitierten Textauszug **die Friedensbewegung** tatsächlich **ein Element**, das zur "Wieder-Geburt" des Neofaschismus beitrug) und eigene politische Positionen (wie hier Kritik an derjenigen Position innerhalb der Friedensbewegung, die **auch** die Sowjetunion als friedensgefährdend ansah) unausgewiesen in die Formulierungen hineingeschmuggelt. Diese Methode ist **unredlich**, erschwert die notwendigen Auseinandersetzungen und produziert einen Stil von oft Anmaßung und Großspurigkeit in schwierigen Untersuchungsgebieten, wo Bescheidenheit und Vorsicht angesagt wäre.

ANTIFA-DEMO ZU HITLERS

102. GEBURTSTAG IN BERLIN

Am 20. April demonstrierten rund 500 AntifaschistInnen, zumeist aus der autonomen Szene, in Berlin-Kreuzberg gegen den (Neo)-Faschismus.

Den Aufruf zur Demo fand man/frau unter dem Motto "Zerschlagt die Nazis" schon Tage zuvor auf Plakaten in türkischer und deutscher Sprache. Treffpunkt der Antifas war der U-Bahnhof am Kottbusser Tor, wo sich schon Stunden vorher ein massives Polizeiaufgebot postiert hatte. Insgesamt befanden sich in Kreuzberg und Umgebung wohl an die 30 Mannschaftswagen der Polizei, um ein eventuelles Aufeinandertreffen der Faschos und der kampfbereiten Autonomen zu verhindern.

Tatsächlich kam es kurzzeitig zu Auseinandersetzungen zwischen autonomen Antifaschisten und einer Nazi-Minderheit, die sich provokativ von der Polizei schützen lassen wollte. Die Polizei wurde per Lautsprecherdurchsage dazu aufgefordert, das "Feld" zu räumen.

Auch Sprechchöre wie "Nazis raus" und "Ausländer bleiben - Nazis vertreiben" waren weithin in Kreuzberg zu hören. Zu der befürchteten Eskalation kam es allerdings nicht.

Bleibt zu hoffen, daß sich auch in Zukunft antifaschistische Kräfte aktiv gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit zur Wehr setzen.

(Thothie)



ANZEIGE

Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung

Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH

Planung und Montage
umweltfreundlicher Energiesysteme
Heizung, Elektroinstallation, Sanitärinstallation

z.B. Solaranlagen

Für Warmwasser
und Stomerzeugung

denn: Der nächste Sommer kommt bestimmt!

Karl-Hermann-Straße 14 · 4352 Herten · Tel.: 0 23 66 / 4 39 65

TREFFEN EHEMALIGER MOORSOLDATEN IN PAPENBURG

Vom 8. bis 12. Mai fand in Papenburg zum erneuten Mal ein Treffen ehemaliger Moorsoldaten statt.

Sie trafen sich wieder, an den Stätten des Grauens faschistischer Unmenschlichkeit.

Hermann Bogdal, antifaschistischer Widerstandskämpfer und ehemaliger Moorsoldat, nahm am diesjährigen Treffen teil und sandte uns den folgenden Bericht.



Die sich in diesen Tagen trafen, oft zum ersten Mal seit der Lagerzeit, waren damals jung, oft noch sehr jung.

Sie gehörten zum Kreis der von den Nazis wegen ihrer antifaschistischen und demokratischen Gesinnung Verfolgten. Sie gehörten dem Kreis der antifaschistischen Widerstandskämpfer an, die als erste in die von den deutschen Faschisten sofort nach 1933, schon Jahre vorher geplanten Konzentrationslager wie das wegen

seiner menschenverachtenden Brutalität berüchtigte Lager **Esterwegen** oder **Börgermoor** überführt worden waren. Jene antifaschistischen Widerstandskämpfer, die ihren Kampf gegen die Nazi-diktatur weiterführten und für Jahre in die Strafgefangenenlager des Emslandes verschleppt wurden.

Sie, die noch lebenden Zeitzeugen, erzählten und berichteten aus diesen Lagern. Kaum etwas war in Vergessenheit ge-

raten. Wohl bei allen drängte sich die Frage nach vorn, welches die Motive waren, die den politischen Häftling aufrecht erhielten und ihm die Kraft gaben durchzustehen, den teuflischen Absichten der nazistischen Machthaber Widerstand zu leisten. Neben der massiven, bis zur körperlichen Erschöpfung hinreichenden Ausnutzung der physischen Kraft der Häftlinge auf dem Arbeitsplatz im Moor, gehörte zum System der Lager-

haltung, den Häftling zusätzlich durch menschenverachtende Demütigungen zu entwürdigen.

Der politische Häftling sollte im Sinne nazistischer Vorstellungen "umerzogen", d.h. zerstört werden. Die Lagerbedingungen und die lange Arbeitszeit im Moor, sollten so wenig wie möglich Freiräume zur Sammlung und zum eigenen Denken möglich machen. Diesem Plan entgegenzuwirken, schafften die politischen Häftlinge unter sich Bedingungen des engen Zusammenschlusses, der Solidarität, der politischen Festigung, um die

innere Kraft, den Überlebenswillen, zu stärken. **Diesmal kamen, aufgerufen, auch jene, die als Militärstrafgefangene** in den Emslandlagern der letzten Kriegsjahre bis zur Befreiung festgehalten worden waren. Eine **starke Delegation von Frauen und Männern aus Polen**, ehemalige Kriegsgefangene, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Warschauer Aufstand, die im Vollzug des Ausrottplanes an der polnischen Intelligenz durch die faschistischen Herrenmenschen, in diesen Lagern die "Endlösung" erwarten sollten.

Mit Bussen fuhren die TeilnehmerInnen zu den ehemaligen Lagerstätten. Für viele, viele waren sie nicht mehr erkennbar. Fort war das, was an die Stätten des Grauens erinnerte und erinnern könnte. Ein bescheidenes Denkmal zur Erinnerung dort, wo einst das **Lager I Börgermoor** war. Dort, wo das **Lied der Moorsoldaten** entstand. Wir schritten durch den Eingang des ehemaligen **KZ-Lagers Esterwegen**. Rechts am Tor ein kleiner Gedenkstein der Erinnerung. Noch vor Jahren war er ver-



Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
 Oerweg 28

4350 Recklinghausen
 Tel.: 02361/26 345

Redaktionsanschrift:
 Antifa-Zentrum
 Herner Str. 43

4350 Recklinghausen
 Tel.: 02361/2 16 86

Redaktionssitzung:
 Mittwoch, 19.-21.00 Uhr

Bankverbindung:
 BLZ 426 500 30

Kto-Nr.: 1 000 229 38
 Auflage: 1000

Mitgewirkt haben:
 Wolfgang E., Carsten, Thorsten,
 Eckehardt, Ingrid, Falko, Michael T., Hermann B., Thea A. Str., Wolfgang T., Petra O., Stefan S., Klaus D., Gilles, Heinz.

deckt von grünen Ziersträuchern, inzwischen freigemacht.

Hier hat die Bundeswehr von der ehemaligen Lagerstätte Besitz ergriffen und ein Bekleidungs-Depot errichtet. In Reih und Glied, wie einst im KZ-Lager, stehen die neuen Baracken.

Die **"Gedenkveranstaltungen und Treffen ehemaliger Moorsoldaten und ehemaliger Häftlinge der Emslandlager"** waren in dankenswerter Weise vom **"Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager" (DIZ)**, eingeleitet worden.

Sie begannen am **8. Mai, dem Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus.**

Unter Würdigung dieses historischen Tages, der die unterdrückten Völker aufatmen ließ und den vielen politischen Häftlingen die Freiheit brachte, fand die hollän-

disch-deutsche **Internationale Herdenking Kundgebung** auf dem Lagerfriedhof Esterwegen statt.

Sowohl die holländischen RednerInnen als auch die deutschen erinnerten an diesen bedeutsamen Tag. Sie sprachen jedoch nicht nur von der Vergangenheit. Sie lenkten den Blick auch auf die von Krieg und Schrecken erfaßte Gegenwart, den fürchterlichen Zerstörungskrieg am Golf, der Schlimmeres eingebracht hat als je zuvor ein Krieg.

Eine Veranstaltung im Rahmen dieser Treffen, die hervorgehoben worden zu sein verdient.

Die antifaschistischen Widerstandskämpfer, die ehemaligen **Moorsoldaten**, wollen nicht nur, daß die faschistische Schreckenszeit und Menschenverachtung, ihre wachgebliebenen Erlebnisse, der Gegenwart und Zukunft weitervermittelt werden; **sie wollen weit mehr.**

Ihre antifaschistischen und allgemein menschlichen Ziele, für die sie Freiheit und Leben einsetzten und in die KZ-Lager und Strafgefangenenlager des Emslandes gebracht wurden, müssen zu einem festen Inhalt der demokratischen Gesellschaft werden.

Sie, die ehemaligen Moorsoldaten, sind von berechtigter großer Sorge erfaßt. Bei vielen Gesprächen kam dies zum Ausdruck.

Schon fallen in den **neuen Bundesländern** die Symbole der Erinnerung an den antifaschistischen Kampf. Kasernennamen antifaschistischer Widerstandskämpfer der ehemaligen DDR werden entfernt. Sie werden umgenannt, an ihre Stelle treten die Namen von Militärs, die alles taten, um demokratisches Denken zu verhindern.

Ausländerhaß, Fremdenfeindlichkeit steigt aus dem scheinbar ausgetrockneten braunen Sumpf nach oben.

Rechtsradikalismus, Anlehnung an die, ja offene Verherrlichung der nazistischen Terrorherrschaft und ihre Untaten drohen, auch in das Denken junger Menschen schleichend Eingang zu finden.

Sie müssen den Kampf der ehemaligen Moorsoldaten **weiterführen.**

Unter der Losung der holländisch-deutschen Gedenkveranstaltung auf dem Lagerfriedhof Esterwegen, am Gedenktag der Befreiung vom Faschismus:

Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg!

(Hermann Bogdal)



WAS IST ANTIFASCHISMUS HEUTE ?

EIN BERICHT ÜBER DIE 3. ANTIFASCHISTISCHE BOCHUMER STADTKONFERENZ

Nicht nur in Recklinghausen fand am 20. April eine antifaschistische "Konferenz" statt, sondern auch in Bochum im Kulturbahnhof Langendreer. Auch hier war die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht besonders hoch, jedoch höher als in Recklinghausen. Auch bei den ca. 80 anwesenden Frauen und Männern mußten wir einige Arbeitsgruppen zusammenlegen. Ein Vorschlag für die Zukunft könnte sein, nicht die regionalen Treffen zusammenzulegen und quasi zu zentralisieren, sondern sich regional abzusprechen, damit sich die Referentinnen und Referenten nicht unnötig vorbereiten (für die und deren Arbeit ist das nämlich auch lähmend). Leider mußte der erste Bochumer Termin im Januar verlegt werden, da an diesem Tag eine Großkundgebung gegen den Golfkrieg in Bonn stattfand. In der Kürze der Zeit bot sich leider kein anderer Termin an.

"Unsere" Konferenz stand unter dem Motto : Was heißt Antifaschismus heute?

Darunter wurden 8 unterschiedliche Arbeitsgruppen angeboten, die sich u.a. mit dem Neofaschismus in der ehemaligen DDR, mit der kommunalen Flüchtlingspolitik, der rechtsextremen Jugendszene, der AusländerInnenpolitik, der Diskriminierung von Roma in unserer Gesellschaft und in der Stadt Bochum auseinandersetzten. In einer gesonderten Gruppe stellte eine Frau von der Fantifa-Duisburg die Arbeit der **feministischen Antifa** vor.

Diese Gruppe - das möchte ich gerne festhalten, weil ihre Arbeitsweise und die Selbstverständlichkeit, wie sie verfuhr, nämlich für Bochumer Szeneverhältnisse ein "Novum" darstellt, das nicht nur mich angenehm überraschte - wurde rege besucht, und zwar von einer kurdischen Gruppe, der sowohl Frauen als auch Männer angehörten, die sich intensiv mit dem Patriarchat sowohl innerhalb der eigenen Gruppe als auch in der türkischen Gesellschaft auseinandersetzten. Ein zentraler Schwerpunkt der Gruppe war die gemeinsame Erarbeitung des Rassismus in der Bundesrepublik aus einem frauenorientierten und frauenbetreffenden Blickwinkel heraus.

Auf der **Eröffnungsveranstaltung** sagte einer der Veranstalter, daß nicht nur der "spektakuläre" Faschismus angegangen werden muß, sondern der "Faschismus im Hinterzimmer, der häufig verkannt wird".

Nach einer Mittagspause fanden sich die Arbeitsgruppen zusammen, um diesen alltäglichen Faschismus in den verschiedenen Bereichen ausfindig zu machen und zu benennen. Aufgrund der thematischen Vernetzung und wegen der Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahl wurden die Arbeitsgruppen Flüchtlingspolitik, Ausländerpolitik und die Gruppe, die über die Situation der Roma in Bochum arbeiten wollte, zusammengelegt.

Anfangs berichtete ein Anwalt aus Bochum über die **soziale Lage der Flüchtlinge in Bochum**, denen von der Stadt kaum Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Hinsichtlich des neuen AusländerInnengesetzes wurde auf den europäischen Aspekt dieses Gesetzes hingewiesen, das die BRD nicht als "Fluchtburg", sondern eher als "Festung" gegen (Arbeits)Einwanderinnen und Einwanderer zu konsolidieren hilft. Den in der Flüchtlingsarbeit Tätigen wurde anhand sprachwissenschaftlicher Forschungen nochmals nahegelegt, auf die Bezeichnung "Asylan-

tin" oder "Asylant" zu verzichten, da das Suffix "-ant" sprachliche Parallelen zu negativ besetzten Worten wie "Querulant" oder "Bummelant" aufweist. Einfacher und eindeutiger ist es, von Flüchtlingen oder Einwanderinnen und Einwanderern zu sprechen.

Ein wichtiger Einwurf war auch die Kritik an den bundesrepublikanischen "Helferinnen" und "Helfern", die von **Cuma Yagmur** in der Zeitschrift **ID Asyl Nr. 3/91** formuliert wurde und an geeigneter Stelle passagenweise vorgelesen wurde. **Cuma Yagmur** kritisiert die deutsche Sozialarbeit - auch in der Flüchtlingsarbeit - als ein paternalistisches Selbsthilfeprogramm, mit dessen Hilfe die deutschen Helferinnen und Helfer eher selbst profitieren bspw. über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder in der Aufpolierung ihres moralischen Selbstbewußtseins - als die Flüchtlinge. Die anwesenden Frauen, vor allem aus der kirchlichen Flüchtlingsarbeit, reagierten mit Betroffenheit bei der Forderung, daß soziale Hilfen nicht quasi "sozialklemptnerisch" und damit den status quo erhaltend sein



Eine Kolonne Kriegsgefangener auf dem Marsch in ein Bochumer Zwangsarbeitslager

dürfen, sondern notwendigerweise politisches Engagement zeigen müssen. Mit Leserinnen- und Leserbriefen in den allgemeinen Tageszeitungen kann den Ursachen von weltweiter Not nicht abgeholfen werden; eigene Ängste, öffentlich gegen die deutsche Ausländer-

innen- und Ausländerpolitik Meinung zu machen, müssen abgebaut werden. Gegenüber der deutschen und oft stillschweigenden Art von Hilfe halten die Einwanderinnen- und Einwandererorganisationen für sich fest, daß sie sich nicht betreuen lassen wollen, sondern selbst der entscheidende Faktor sein möchten. Sie wollen auch nicht anhand multikultureller Konzepte zwangsintegriert werden, die sie selbst als eurozentristisch orientiert beschreiben.

Weiter heißt es in der Kritik: "Die Helfer versuchen, die multikulturellen Unterschiede zu vertiefen, damit sie ein Konzept zur Überwindung dieser Unterschiede entwickeln können, die Einwanderer in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren." (S. 10).

Ich finde das sehr wichtig, an dieser Stelle und in dieser Zeitschrift zu erwähnen, da in der letzten Nr. der **AntifaZ** zu lesen war: "Wir machen aktive Arbeit gegen die Nazis, also haben wir keine Lust, uns selber erst einmal als "Rassisten" zu bezeichnen" (S. 33). Ich persönlich halte diese Äußerung mit seinem "also" für absolut kurzschlüssig. Die feministische Antifaarbeit und ihre Abspaltungen von gemischten Gruppen haben gezeigt, daß konkrete antifaschistische Männer in höchstem Maße frauenfeindlich, d.i. sexistisch sein können. Die konkrete Arbeit hat ebenso gezeigt, daß Antifaschisten auch rassistisch sein können - in ihrem Denken, Handeln, Fühlen, in ihrer Sprache, usf. **Antifaschistische Arbeit (allein) schützt also nicht vor dem Vorwurf, ein Rassist und/oder Sexist zu sein !** In diesem Sinne bestärkte ein türkischer Mitarbeiter von **VIA** (Verband der Initiativen zur Ausländerarbeit) die gemachten Ausführungen und verwies auf die Wichtigkeit autonomer Ausländerinnen- und Ausländerorganisationen, in denen Deutsche nicht mitarbeiten. Trotz des **Autonomiestatus** dieser Organisationen sei es aber wichtig, den **Dialog** mit den Deutschen zu suchen. Deutsche müssen endlich beginnen und - wie es der Anspruch von einem Mitarbeiter der **AntifaZ** leider vermissen ließ - über sich und ihren paternalistischen Rassismus in jeglichen Ausprägungen ihrer und der Ausländerpolitik nachzudenken. Der Vertreter von **VIA** wurde

deutlich, indem er sagte: Ständig haben die Ausländerinnen und Ausländer darüber reflektiert, warum sich die Deutschen ständig Sorgen um sie machen. Mittlerweile würden sie sich selber zu diesem Thema Gedanken machen, und nun machen sie sich in umgekehrter Weise Sorgen um die Deutschen.

Angesichts der drohenden **Deportationen der europäischen Roma in NRW und Bochum am 30. Juni dieses Jahres** verabschiedete die Gruppe eine vorbereitete Resolution unter dem Titel: **Roma müssen bleiben**. Damit verpflichtete sich die Gruppe, Widerstand gegen die den Roma drohenden Abschiebungen leisten und Zuflucht gewähren zu wollen. Diese Resolution wurde auch vom Gesamtund Abschlußplenum der antifaschistischen Bochumer Stadtkonferenz angenommen und verabschiedet. Wie sich diese Resolution aber in der Praxis bewähren wird oder ob es nur beim Verbalradikalismus stehenbleibt, mag dahingestellt bleiben.

Ein weiterer Punkt auf dem Abschlußplenum war die Auseinandersetzung mit dem **kurdischen Nationalismus**. Es wurde eindeutig klar, daß westeuropäische Nationalismen und die der sogen. Länder der Dritten Welt miteinander unvergleichbare "Größen" darstellen. Ist der westeuropäische und amerikanische Nationalismus von imperialen und kolonialen Auswirkungen einerseits, so besitzt der Nationalismus der Länder der sogen. Dritten Welt andererseits den Anspruch, auf die Befreiung der Völker und Menschen (Frauen und Männer hier gemeinsam zu nennen, wage ich erst einmal nicht zu behaupten) hinzuwirken. Wichtig war es auch, darauf hinzuweisen, daß dort nicht mit einem Mal eine "Gleichheit" hergestellt werden kann - d.h. eine "gemeinsame" antinationalistische Einstellung von Linken Deutschen und Linken Ausländerinnen und Ausländern wo im Grunde genommen (noch) keine Gleichheit herrscht. Warum also sollen Kurdinnen und Kurden das Konzept eines eigenen autonomen Staates aufgeben, wo Westeuropa verstärkt anfängt, seine Grenze durch neueste Sicherheitsmaßnahmen zu festigen? Aller Idealismus von einer herrschafts- und grenzenfreien Gesellschaft in Ehren - solange "unser", d.h. der westeuropä-

ische Idealismus von Wenigen auch bzw. wieder einmal auf Kosten anderer, d.h. der Menschenleben von Tausenden Frauen, Männern und Kindern funktioniert - müßten diese Konzepte überprüft und der Bezug zu Referenzgesellschaften sichergestellt werden. Dieser Bezug ist aber - wie offensichtlich auch der Delegationsbericht des "Beobachter Komitee Menschenrechte" zeigt - nicht so einfach gegeben. Das heißt nun nicht, daß die Vorstellungen einer herrschaftsfreien und grenzoffenen Gesellschaft keine Berechtigung besäßen; diese Berechtigung haben sie nur an einem anderen Ort, nämlich in Westeuro-

AUSLÄNDERKRIMINALITÄT



pa, d.h. bei politischen Konzepten wie Grenzfreiheit, Herrschaftsfreiheit, Antirassismus und Feminismus müssen wir Deutschen bzw. Westeuropäerinnen und Westeuropäer uns zuallererst "an die eigenen Nasen fassen".

Der letzte Diskussionspunkt, ob **Antifaschismus** als eine geschlossene, homogene **"Bewegung"** angesehen werden könne, mußte verneint werden. Es gibt feministische Antifaschistinnen, gewaltfreie und militante, bündnisorientierte, separate, antikapitalistische Gruppen, und, und, und. Wichtige Themen der kommenden Veranstaltungen sollen pro und contra "Gewalt und Militanz" und die Auseinandersetzung mit Desertion - früher und heute - sein.

(Thea A. Struchtemeier)

HOOIGANS UND NAZI - SKINS IN HERNE

Daß sich in Herne Angriffe auf AusländerInnen und Andersdenkende mittlerweile zum "Volkssport" entwickeln, wurde bereits in der letzten Ausgabe erwähnt, und mir bleibt hier zunächst nur übrig, dies zu bestätigen. Hooligans und Nazi-Skins machen organisiert, in großen Gruppen und kontinuierlich Jagd auf Menschen.

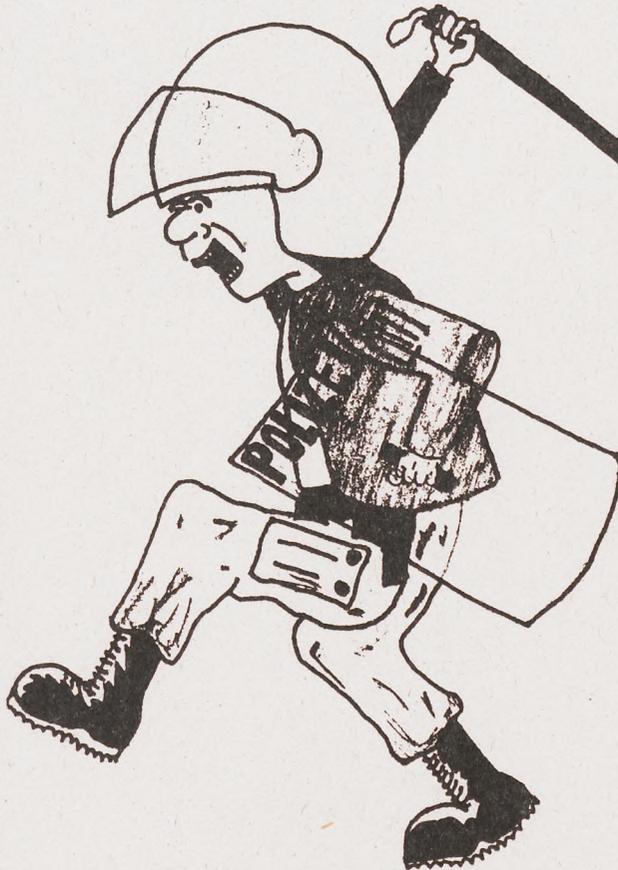
Der einzig nennenswerte Widerstand wird ihnen von Jugendgruppen ausländischer Menschen entgegengesetzt. So auch in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai.

50 bis 100 Skinheads, zumeist allerdings nicht aus Herne stammend, versammelten sich am frühen Abend in der Herner Innenstadt. Auftreten und Bewaffnung ließen auch diesmal keinen Zweifel an der Motivation. Während von der Polizei zu diesem Zeitpunkt nichts zu sehen war, bekamen glücklicherweise die bereits erwähnten Jugendgruppen rechtzeitig Wind von der Zusammenrottung und versammelten sich ihrerseits auf einem Parkplatz.

Dank ihrer hervorragenden Organisation gelang es ihnen im Verlauf des Abends, die Faschisten am **Herner Kulturzentrum** regelrecht einzukesseln und damit in eine mehr als peinliche Situation zu bringen. Obwohl die Faschisten mit Leuchtspurnmunition schossen und mit Molotowcocktails warfen, bleibt dem Chronisten hier nur festzustellen, daß sie an diesem Abend eine ordentliche Tracht Prügel bezogen. Allen voran der **Herner FAP-BoB Mangelmann**.

Wobei die ausländischen Mitbürger augenschein-

lich unverletzt geblieben waren, allerdings wurde eine Herner Antifaschistin schwer verletzt (und erst nach mehreren Versuchen in verschiedenen Herner Krankenhäusern ärztlich behandelt, d. Red.).



Diese Darstellungen sind sehr knapp und erheben keinen Anspruch auf

Vollständigkeit, weil ich erst danach zu den Leuten stieß und aus ihren

Aussagen den geschilderten Eindruck gewann. Allerdings wurde ich noch Augenzeuge des **Auftretens der Polizei**, von dem nun die Rede sein wird.

Die "Beamten" tauchten auf, nachdem ca. 50-70 Menschen sich wieder an der Spielhalle am Hauptbahnhof versammelt hatten, wo sie sich gegenseitig das eben Erlebte schilderten und einzelne sich in kleinen Gruppen auf den Heimweg machten.

15-20 Polizisten sprangen aus den Wagen, ohne Dienstmütze, dafür aber mit dem Knüttel in der Hand. Einige Jugendliche ahnten, was nun kam, und suchten ihr Heil in der Flucht über die Hinterhöfe. Sie wurden sofort von mehreren knüttelschwingenden Uniformierten verfolgt, welche im Lauf noch die Dienstwaffe zogen.

Wir wurden aufgefordert, uns zu zerstreuen, was wir angesichts der drohenden Knüttel auch taten. Kurze Zeit darauf ertönten aus dem Hinterhof, in den einige

Menschen geflohen waren, Schreie: "Hört doch auf, ich hab doch gar nichts gemacht, hört doch auf".

Schläge waren zu hören, dann nur noch Schmerzensschreie.

Einige Menschen kamen aus der Spielhalle gelaufen, um nach ihren Freunden zu sehen. Diese wurden verprügelt, einige in Hauseingänge gezerrt, aus denen dann Schreie zu hören waren.

Wir gingen hin, um dem Treiben vielleicht ein Ende setzen zu können, wurden jedoch - nur zu zweit - von einem Beamten eingeschüchtert, der auf uns zukam, uns haßerfüllt anstarrte, sich drohend mit dem Knüppel auf den Oberschenkel klopfte und lauernd fragte: "Fragen, hä, Fragen?"

Nein, keine mehr und leider auch zu wenig Mut.

Dann verteilten sich die "Beamten" über die Straße und forderten die restlichen Menschen und die Schaulustigen (?) auf, zu gehen. Auch wir erhielten den Hinweis, daß es der Polizei die Arbeit erleichtern würde, wenn wir gingen.

Welche Arbeit?

Darauf erhielten wir die prompte Antwort, als der Ruf ertönte "Im Bahnhof sind noch welche!"

Die uniformierten Schläger stürzten in den Bahnhof, wieder waren Schreie zu hören. Sie schleppten ihre Beute, blutende ausländische Jugendliche, fast noch Teenager, aus dem Bahnhof, warfen sie zu Boden, schlugen und traten sie beim Aufstehen

und verfolgten sie in den nahen U-Bahn Schacht, aus dem dann wieder Schreie ertönten und später lachende Polizisten kamen.

Gelähmt vor Angst und Entsetzen haben wir dem Straßenterror der

Wir werden nun dafür Sorge tragen, daß dieser **Racheakt der Polizei an ausländischen Menschen** (Rache für gelungene antifaschistische Selbsthilfe) publik gemacht wird, wir werden Protestbrie-



Faschisten wieder nur zugesehen.

Ich habe zwar inhaltliche Schwierigkeiten mit dem Begriff "Feigheit", aber ich schäme mich für mein Verhalten in Grund und Boden. Wir fragten noch einen älteren Mann, der ebenfalls die Aktionen der Polizei an Bahnhof und U-Bahn beobachtet hatte, was er denn von dem Vorgehen der deutschen Polizisten (...) halte. Der sagte auch noch: "Ach, die haben doch bestimmt wieder ein Attentat geplant..."

fe an die Landesregierung schicken und den Lokalzeitungen Augenzeugenberichte zukommen lassen und hoffen so, positive Reaktionen in Herne zu provozieren, die darauf hinauslaufen, die darauf hinauslaufen, den antifaschistischen Widerstand endlich wieder zu koordinieren und organisiert wieder auf den Straßen Hernes präsent zu sehen.

AntifaschistInnen haben nicht mehr das Recht zu schweigen!

Etwas mehr als eine Woche nach diesen Vorfällen bleibt zu

bemerken, daß sich in Herne nichts getan hat. Die Lokalpresse hat mit einwöchiger Verspätung einen, die Tatsachen verfälschenden, Bericht gebracht und im Großen und ganzen die Polizei in Schutz genommen.

Da ist dann die Rede von rivalisierenden Jugendbanden, die sich ohne jede politische Motivation gegenseitig drangsaliieren, und von der Polizei, deren hilflose, unterbezahlte Beamte zwischen den Fronten um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen.

Es wird von "schwerbewaffneten türkischen

Jugendgangs" gelogen, welche Discobesucher erschrecken, die dann Schutz bei den Faschisten suchen.

Glücklicherweise sind ja auch gerade an die 100 Nazi-Skins rein zufällig den ganzen Abend in der Innenstadt, aber (o graus) die tapferen Recken werden, ohne Rücksicht auf Rasse und Gesinnung, von den marodierenden Horden vertrimmt.

Was mit den nun schutzlosen Discobesuchern geschah, darauf geht der **WAZ-Bericht vom 5.6.91(!)** nicht ein. Das bleibt der großdeutschen Spießphantasie überlassen.

Berichtet wird dann noch über diverse Antifa's, die frech politische

Hintergründe unterstellen und von brutalen Polizeiübergriffen phantasieren, aber was die LeserInnen von denen zu halten haben, das wissen sie nach regelmäßiger Lektüre der Herner Presse ganz genau...

Die unerträgliche Situation einschließlich der Dummdreistigkeit der Presseverantwortlichen und der daraus resultierenden Narrenfreiheit der Polizei führen wir auf das Fehlen jeglicher kontinuierlicher antifaschistischer Arbeit zurück. Progressive politische Gruppierungen in Herne, falls vorhanden, scheinen entweder blind oder von unverantwortlicher Ignoranz befallen zu sein.

(tim)

Anzeige

Der neue Trend: Chlorfrei^{*} gebleicht!

offsetdruck + reprographie



druckwerk

penningskamp 12a
4600 dortmund 30
telefon 0231/431821



* Wir bieten eine Vielzahl chlorfrei gebleichter Papiere aller Qualitäten an, das entlastet die Umwelt und schützt die Gewässer.

DRESDEN DARF NICHT HAUPTSTADT DER NAZIS WERDEN

2000 militante Neonazis marschierten am 15. Juni 1991 in Dresden auf. Es war der größte Nazi-Aufmarsch seit über 10 Jahren, als die NPD Frankfurt am Main zur "braunen Hauptstadt" machen wollte. Es ist nur der vorläufige Höhepunkt nach einer Serie von Gewalttaten gegen ausländische Arbeiter und Flüchtlinge, Homosexuelle und Linke. Spätestens Mitte August wollen sie am Grab des Hitler-Stellvertreters Hess in Wunsiedel wieder aufmarschieren.

Gleichzeitig wird es weitere Opfer des alltäglichen Naziterrors, Verletzte und Tote geben.

Dresden war für die Faschisten ein Erfolg, eine Demonstration der Stärke, der mehr Anhänger, auch in anderen Städten, ermutigen wird, wieder offen aufzumarschieren. Und mit jedem erfolgreichen Aufmarsch können sie zur wachsenden Anziehungskraft für Menschen werden, die angesichts der Krisensituation in den neuen Bundesländern verzweifeln.(...)

Wir können durch eine bundesweite antifaschistische Kampagne verhindern, daß Dresden zum Zentrum und Sprungbrett der Faschisten für ganz Deutschland wird.

STOPPT DIE NAZIS IN DRESDEN !

(Bisherige) UnterstützerInnen für ein NATIONALES KOORDINATIONSTREFFEN für den Aufbau einer antifaschistischen Bewegung und einer Demonstration am 13.7.1991 in Berlin:

Bündnis 90, AG Junge GenossInnen, Antifa-Referat des Asta-München, AG/R Hamburg, Antifa Chemnitz, Antifa Hochschulgruppe Hamburg, Sozialist Isci.

Kontakte: Hamburg: Bianca , HH-8503620

Berlin: Werner, 030-6123880.

ANZEIGE

Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •
 • 4350 Recklinghausen •
 • Tel. 02361-17002 •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00